



FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 75, August 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Der Bundesrat: Verhandlungs-untauglich?

27.07.2017, 11:14 von schweizerzeit 27.07.2017

Brüssel verletzt bewusst bilaterale Verträge

Am 14. Februar 2014 haben Volk und Stände der Schweiz die Initiative gegen die Masseneinwanderung angenommen. Der Text dieser Initiative ist seither verbindlicher Verfassungsauftrag, auszuführen durch den Bundesrat. Konkret lautet der Auftrag von Volk und Ständen an den Bundesrat wie folgt: Die Landesregierung hat auf der Grundlage der im Vertrag über die Personenfreizügigkeit enthaltenen Revisionsklausel (Art. 14 und Art. 18) der EU das Ersuchen um teilweise oder vollständige Revision des Personenfreizügigkeitsvertrags formell zuzustellen.

Auftrag missachtet

Diesen Auftrag hat der Bundesrat bis heute missachtet. Obwohl mehrere osteuropäische Länder, obwohl neuerdings auch Österreich und Deutschland die Regelungen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr befolgen, obwohl sich Frankreich um wichtige Bestandteile des Vertrags über die Personenfreizügigkeit offensichtlich foutiert, wagt Bundesbern nicht, die im Vertrag ausdrücklich enthaltenen Revisionsklauseln vertragskonform anzurufen.

Zwar behauptet Bundesbern, man habe dazu in Brüssel sondiert. Dabei habe man festgestellt, dass Brüssel keine Lust auf solche Neuverhandlungen der Personenfreizügigkeit äussere. Was Bern dazu «motiviert» zu haben scheint, den ihm von Volk und Ständen an der Urne erteilten Auftrag kurzerhand zu missachten. Das ist klarer Verfassungsbruch.

Vertragswidrige Druckversuche

Indessen hat auch Brüssel auf den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 reagiert. Es hat zum Beispiel Teile des Forschungsabkommens – eines der sieben Abkommen aus dem Paket I der bilateralen Verträge – «suspendiert»: Der EU-weite Studentenaustausch wurde zu Lasten der Schweiz sabotiert. Vom Programm «Horizon 2020» wurde die Schweiz vorderhand ausgeschlossen – ohne Vertragsgrundlage.

Und vor nicht allzulanger Zeit hat ein an der Universität St. Gallen entstandenes, sorgfältig erarbeitetes Gutachten zahlreiche von der EU ausgehende Verletzungen des Vertrags über die Beseitigung von Handelshemmnissen zu Lasten der Schweiz aufgelistet. Einzelne EU-Mitgliedländer oder die EU insgesamt haben – eindeutig vertragsverletzend – protektionistische Massnahmen zugunsten einzelner EU-Länder getroffen. Im Schweizer Parlament wurde Nationalrätin Sylvia Flückiger dazu aktiv. Der Bundesrat beschönigte in der Antwort auf ihren Vorstoss die vertragsverletzenden EU-Machenschaften ostentativ. Die Landesregierung nimmt also tatenlos hin, dass Schweizer Betriebe durch einzelne EU-Mitgliedstaaten sowie durch die EU insgesamt vertragswidrig benachteiligt werden.



Vertragstreue – Vertragsbruch

Im Gegensatz zu den offensichtlichen Vertragsbrüchen von Seiten Brüssels wäre das Schweizer Begehren um Neuaushandlung der Personenfreizügigkeit, wie es der Souverän dem Bundesrat aufgetragen hat, absolut vertragskonform. Es folgt genau den Bestimmungen, die beiden Vertragsparteien im Vertrag selber offengehalten werden, wenn nach Abschluss des ursprünglichen Vertrags Entwicklungen eintreten, die das um Neuverhandlung ersuchende Land vor völlig neue, schwierige Probleme stellen.

Das war für die Schweiz der Fall: Bei Vertragsabschluss wurde – es stand so im Abstimmungsbüchlein – der Schweiz eine jährliche Mehr-Einwanderung von 8000, von sicher nie mehr als 10 000 Personen vorausgesagt. Tatsächlich betrug der durchschnittliche Einwanderungsüberschuss seit Vertragsabschluss 66 000 Personen jährlich – mit Jahresspitzen bei über 80 000 Personen.

Untertanen-Gehabe

Dennoch getraut sich der Bundesrat nicht, Brüssel gegenüber ein Minimum an Rückgrat zu zeigen. Widerspruchlos nimmt er offensichtliche Vertragsverletzungen zulasten der Schweiz hin. Und lieber missachtet er einen Volksentscheid, als dass er in völlig vertragskonformem Rahmen die Neuaushandlung der Personenfreizügigkeit anbegehren würde, wie Volk und Stände das dem Bundesrat aufgetragen haben.

Bern, seit Jahren wortreich für «aktivere Aussenpolitik» werbend, benimmt sich, als wäre die Schweiz eine Untertanin Brüssels. Bundesbern zeigt damit der Schweiz und ihrer Bevölkerung, was ihr blühen würde, wenn sich Volk und Stände zum von Brüssel geforderten Rahmenvertrag mit den daraus resultierenden Souveränitätsverzicht überreden lassen würden: Nichts weniger als die Zwangsverheiratung mit Brüssel wäre das Los der Schweiz. EU-No/US

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/der-bundesrat-verhandlungs-untauglich_165

Forscher entdecken einen einfamilienhausgrossen Asteroiden erst drei Tage NACHDEM er sehr knapp an der Erde vorbeiflog

Christoph Schroeter; Rheinische Post; Fr, 28 Jul 2017 13:06 UTC

Einige Astronomen beobachten den Himmel auf der Suche nach Asteroiden, die der Erde gefährlich nahe kommen. Jetzt haben sie einen entdeckt, der sehr knapp an der Erde vorbeigeflogen ist - allerdings erst drei Tage danach.



© Earth Sky

Düsseldorf – Das Asteroid Terrestrial-impact Last Alert System (Atlas) auf Hawaii ist ein Beobachtungssystem, das den Weltraum in Erdnähe permanent nach gefährlichen Asteroiden scannt. Befindet sich einer der Gesteinsbrocken aus unserem Sonnensystem auf einem Kurs, der der Erde gefährlich werden könnte, soll dieser Tage oder bereits Wochen vorher entdeckt werden. Soweit die Theorie.

Am 23. Juli hat Atlas einen solchen Brocken entdeckt. Das schreibt die Seite «Earthsky» unter Berufung auf Atlas. Atlas selbst hat die Entdeckung des «2017 OO1» getauften Asteroiden auch getwittert.

Die Analyse seiner Flugbahn ergab, dass «2017 OO1» bereits drei Tage zuvor, am 20. Juli, verdammt knapp an der Erde vorbeigeflogen ist – und niemand hat es bemerkt. Lediglich 123 000 Kilometer war «2017 OO1» bei seiner grössten Annäherung von der Erdoberfläche entfernt. Das ist lediglich ein Drittel der Entfernung Erde-Mond.

Zwar besteht bei einem Vorbeiflug in einer solchen Distanz noch keine Gefahr für die Erde. Auch auf Satelliten,

die maximal 35786 Kilometer von der Erde entfernt im All kreisen, hat das kosmische Ereignis keinerlei Auswirkungen.

csr/mit Agenturmaterial

Quelle: <https://de.sott.net/article/30442-Forscher-entdecken-Einfamilienhaus-grossen-Asteroiden-erst-drei-Tage-NACHDEMER-sehr-knapp-an-der-Erde-vorbeiflog>

These: Technischer Fortschritt macht Menschen blöder

Denise Bergert; PC Welt; Mi, 19 Jul 2017 13:33 UTC

Eine Studie stellt die These auf, dass Menschen durch den technischen Fortschritt heute dümmer sind als vor 160 Jahren.

Eine aktuelle Studie aus Belgien sorgt in dieser Woche für Wirbel. Wissenschaftler um Michael Woodley von der Freien Universität Brüssel stellen die gewagte These auf, dass der technische Fortschritt die Menschheit nicht intelligenter, sondern dümmer macht.

Laut den Forschern wurden die Menschen durch die natürliche Auslese bis vor 180 Jahren zunehmend intelligenter. Schlaue Menschen hatten es damals leichter, «im Leben etwas zu erreichen» und ihre Gene an ihre Kinder weiterzugeben. Dieser Trend habe sich laut der Studie nun umgekehrt. Durch den medizinischen Fortschritt und bessere Ernährung können nun auch Menschen mit geringerem IQ viele Kinder haben, die – im Gegensatz zu vor 180 Jahren – das Erwachsenenalter erleben.

Laut dem Psychologie-Professor James Thompson seien die Studienergebnisse nur logisch. Im viktorianischen Zeitalter habe das Überleben meist von der Intelligenz abgehungen. Aus diesem Grund hätten sich die intelligenten Menschen stärker vermehrt. Heute, in sichereren Zeiten, kommt es zum Überleben nicht mehr so sehr auf den IQ an, weshalb diese Charakteristik nicht mehr entscheidend sei.

Für ihre Studie haben die Forscher die Gene von 99 Europäern untersucht, die teilweise bis zu 2000 Jahre zurückreichen. Bis zum 20. Jahrhundert stellten sie dabei einen kontinuierlichen Anstieg der Intelligenz fest. Verglichen mit den Genen von 503 modernen Europäern war seit dieser Zeit ein Rückwärtstrend zu erkennen.

Einer der Studien-Autoren, Davide Piffer, geriet bereits in die Kritik, weil er die These aufstellte, dass Afrikaner genetisch bedingt einen geringeren IQ hätten als Europäer. Dr. Woodley fand 2014 in einer Studie heraus, dass nicht nur die Intelligenz, sondern auch die Reaktionsfähigkeit in den vergangenen 180 Jahren kontinuierlich gesunken sei.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30334-These-Technischer-Fortschritt-macht-Menschen-bloder>

Das Bankgeheimnis wurde abgeschafft – §30a «Schutz von Bankkunden» gestrichen

Posted on Juni 29, 2017 7:19 pm by jolu; von Kathrin Sumpf; Aktualisiert: 29. Juni 2017 20:13

Das Bankgeheimnis in Deutschland ist abgeschafft, der Paragraph «Schutz von Bankkunden» im StUmgBG wurde am 23. Juni 2017 gestrichen. Die Änderungen traten am 25. Juni in Kraft.

AO a.F. (alte Fassung) In der vor dem 25.06.2017 geltenden Fassung	AO n.F. (neue Fassung) In der am 25.06.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 23.06.2017 BGBl. I S. 1682
aktuelle Fassung § 30a zeigen	
(Text alte Fassung) ▼ § 30a Schutz von Bankkunden	(Text neue Fassung) § 30a (aufgehoben)
<p>(1) Bei der Ermittlung des Sachverhalts (§ 68) haben die Finanzbehörden auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Kreditinstituten und deren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen.</p> <p>(2) Die Finanzbehörden dürfen von den Kreditinstituten zum Zweck der allgemeinen Überwachung die einmalige oder periodische Mitteilung von Konten bestimmter Art oder bestimmter Höhe nicht verlangen.</p> <p>(3) Die Guthabekonten oder Depots, bei deren Errichtung eine Legitimationsprüfung nach § 154 Abs. 2 vorgenommen worden ist, dürfen anlässlich der Außenprüfung bei einem Kreditinstitut nicht zwecks Nachprüfung der ordnungsmäßigen Besteuerung festgestellt oder abgeschrieben werden. Die Ausschreibung von Kontrollmitteilungen soll insoweit unterbleiben.</p>	

Das Bankgeheimnis wurde gestrichen. Foto: Screenshot/buzer.de, 29. Juni 2017

Am 25. Juni 2017 wurde das Bankgeheimnis in Deutschland abgeschafft. Seit dem 25. Juni 2017 gibt es in Deutschland kein Bankgeheimnis mehr. Am 23. Juni wurde im Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz (StUmgBG) in Artikel 1 Nummer 2 des StUmgBG der bisherige §30a gestrichen, der im ersten Absatz die Finanzbehörden dazu anhielt, «bei der Ermittlung des Sachverhalts (...) auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Kreditinstituten und deren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen.»

Der § 30a (Schutz von Bankkunden) wurde vollständig gestrichen. Die Änderungen gelten ab dem 25. Juni 2017. Dass es kein grösseres Medienecho gab, könnte dadurch begründet sein, dass die Finanzbehörden bereits seit 2005 Zugriff auf die Bankkonten haben.

Die Aushöhlung des Bankgeheimnisses begann ab 2005, mit SPD-Finanzminister Hans Eichel. Darin wurde den Finanzbehörden das Recht erteilt, Bankdaten abzufragen. Es sollte nur in Ausnahmefällen angewendet werden – 2016 lag die offizielle Zahl der Abfragen bei 300 000, 2013 war es noch die Hälfte.

Damals schrieb der Berliner Kurier: «Ab 2006 erfolgt die Abfrage bei der Bank voll elektronisch. Darf der Finanzbeamte auch das Konto selbst einsehen? Ja. (...) Darf auch das Sozialamt, die Familienkasse, die Arbeitsagentur, die Bafög-Stelle bei der Bank mein Konto abfragen? Nein. Aber diese Stellen dürfen das Finanzamt bitten, ihnen die Daten zu überlassen...» www.epochtimes.de

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/das-bankgeheimnis-wurde-abgeschafft-%c2%a730a-schutz-von-bankkunden-gestrichen/>

Glyphosat – Auf Kosten der Menschen

19/07/201723/07/2017 NPR

Glyphosat: EU-Bewertung hat gravierende Mängel – US-Experte Christopher Portier rügt

EU-Behörden: Bei der Risikobewertung von Glyphosat wurde schlampig und fehlerhaft gearbeitet.

Die zur Weltgesundheitsorganisation WHO gehörende Agentur für Krebsforschung IARC hat den Unkrautvernichter Glyphosat im Jahr 2015 als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft. Vor kurzem hat sich die kalifornische Behörde für Gesundheit und Umwelt dieser Beurteilung angeschlossen. Seit dem 7. Juli 2017 gilt der Unkrautvernichter in Kalifornien als «krebserregende Substanz». Monsanto focht den Entscheid an.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA und das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hingegen stuften Glyphosat 2016 als «ungefährlich» ein. Es gebe keine Hinweise auf eine krebserzeugende oder erbgutschädigende Wirkung durch Glyphosat, so ihre Bewertung. Auch die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) gab Mitte März Entwarnung: Glyphosat sei nicht krebserregend, heisst es im Gutachten der ECHA. Gestützt auf die Bewertung der europäischen Behörden will die EU-Kommission Glyphosat für weitere zehn Jahre zulassen. Erfahrungsgemäss wird sich die Schweiz stark an die Massnahmen der EU anlehnen.

Widerspruch gegen die Risikobewertung der EU-Behörden kommt von Christopher Portier, Experte für Chemikaliensicherheit in den USA. Er hat die Krebsrisiken von Glyphosat im Auftrag der IARC untersucht und bewertet. Portier und weitere 93 Wissenschaftler/innen kritisieren die europäischen Zulassungsbehörden scharf: Die EU-Bewertung weise schwere wissenschaftliche Mängel auf (1), die «eine ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Gesundheit bedeuten können».

Das Interview mit Christopher Portier ist in der Fachzeitschrift «Oekoskop» 2/17 der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz erschienen.

«Oekoskop»: Christopher Portier, Sie tragen den Entscheid der IARC mit, Glyphosat sei als «wahrscheinlich krebserregend» einzustufen, und kritisieren die gegenteilige Einschätzung durch die EFSA und die ECHA scharf. Weshalb sollten wir der IARC mehr vertrauen als den europäischen Behörden?

Christopher Portier: Es gibt ein paar grundsätzliche Unterschiede, wie die IARC bzw. die EFSA und die ECHA zu ihren Einschätzungen kommen. Die IARC verwendet ausschliesslich öffentlich verfügbare Studiendaten. Denn sie überprüft auch die Rohdaten der Studien, um sicher zu gehen, dass alle Angaben und Zahlen richtig sind. Viele der Studien zu Tierkrebs und Genotoxizität (2) sind jedoch im Besitz der Industrie. Sie sind weder für die IARC noch für sonst jemanden öffentlich einsehbar.

Es scheint, dass die EFSA und die ECHA die Rohdaten nicht überprüfen. Wenn sie nur die Berichte überprüfen, die ihnen die Industrie einreicht, so kann es sein, dass die Behörden wichtige Studienresultate übersehen.

Woraus schliessen Sie, dass die Behörden das nicht tun?

Die EFSA hat in ihrem Bericht zur Glyphosat-Einschätzung acht positive Tumorbefunde in Tierstudien übersehen.

Das BfR lieferte die Grundlage für diesen EFSA-Bericht. Die entsprechende Kritik von zahlreichen Wissenschaftlern haben BfR-Mitarbeitende bestätigt. Wäre ich Chef des BfR, würde ich mich unter diesen Umständen sofort fragen: Haben wir noch andere Tumore übersehen? An diesem Punkt liesse ich das gesamte Datenmaterial durch meine Mitarbeitenden nochmals evaluieren und jeden Tumor-Typ auf seine statistische Signifikanz hin neu bewerten. Das ist die einfachste und offensichtlichste Sache, die Sie in einer Krebs-Evaluation tun können. Trotzdem hat dies das BfR nicht getan.

Warum überprüfen EFSA und ECHA nicht genauer?

Ich kann nicht für sie sprechen, aber ich kann von meiner Funktion innerhalb einer Regulierungsbehörde berichten. Nicht nur beim BfR, der EFSA und der ECHA sind alle mit Arbeit überlastet. Zudem stehen die Behörden unter Druck, sehr schnell Resultate zu liefern. Denn wird Glyphosat über längere Zeit nicht genehmigt oder verliert Monsanto gar die Zulassung in Europa, entgeht dem Konzern viel Geld. Die Behörden stehen also unter starkem Druck und haben keine Zeit.

Der Zulassungsprozess muss unabhängig und transparent sein. Nach Ansicht von Christopher Portier gibt es bei der Zulassung von chemischen Substanzen einiges zu verbessern. Seine Forderungen:

- Unternehmen sollen ihre Unterlagen elektronisch einreichen, damit die Daten nicht mehr mühsam digitalisiert werden müssen, um sie zu prüfen.
- Die Industrie muss die Rohdaten ihrer Studien öffentlich zugänglich machen, damit alle die gleichen Überprüfungsmöglichkeiten haben. Alle positiven und negativen Befunde sollten aufgelistet werden, damit eine schnelle Reevaluation möglich ist.
- Der Zulassungsprozess muss unabhängig sein. Heute bestimmt die Regierung, wer in der ECHA sitzt und wer den EFSA-Bericht evaluiert. Eine unabhängige Institution sollte Wissenschaftler nominieren, die dafür qualifiziert sind und aus Universitäten und Institutionen stammen, die weder mit der Industrie noch mit Behörden verbandelt sind. Ein hohes Mass an Unabhängigkeit könnte so gewährleistet werden, auch wenn die Regierung am Ende aus den Nominierten auswählt.
- Es braucht strenge Gesetze über mögliche Interessenkonflikte. Die fehlen z.B. in der EU weitgehend. Es müsste unter anderem auch definiert sein, was ein Interessenkonflikt ist.

Welche weiteren Unterschiede sehen Sie zwischen IARC und EFSA/ECHA?

Die Regeln, nach denen sowohl IARC wie auch EFSA und ECHA arbeiten, um die wissenschaftliche Evidenz für Krebs zu evaluieren, sind identisch. Also sollte man meinen, dass auch die Schlüsse, die gezogen werden, identisch sind. Dem ist aber nicht so. Die IARC fand bei der Überprüfung einer epidemiologischen Studie einen plausiblen Zusammenhang zwischen der Glyphosat-Exposition und Non-Hodgkin-Lymphom-Erkrankungen. Deshalb kam die IARC zum Schluss, dass eine limitierte Evidenz für Krebserkrankungen beim Menschen besteht. EFSA und ECHA hingegen wiesen dem Befund eine «sehr limitierte Evidenz» zu. Das ist eine Kategorie, die es offiziell gar nicht gibt. Es ist nicht nachvollziehbar, was sie damit meinen.

Die Gegenseite wirft der IARC genauso vor, sie würde unwissenschaftlich arbeiten: Nicht nur EFSA und ECHA. Auch die US-amerikanische Umweltbehörde EPA und andere Behörden sagen, bei Glyphosat liege die IARC falsch.

Wenn zwei positive Tierstudien vorliegen muss die Evidenz als ausreichend kategorisiert werden. Bei Glyphosat fand die IARC vier Tierstudien mit positivem Krebsbefund. Es gab keinen Grund, sie anzuzweifeln. Die Befunde waren plausibel und statistisch signifikant gegenüber den Kontrollgruppen. Die Behörden hingegen gaben immer wieder andere Gründe an, weshalb die Befunde dennoch nicht taugen würden.

Bundesrat Josef Schneider-Amman schrieb uns kürzlich: «Die Schlussfolgerungen der IARC basieren nicht auf neuen Studien, sondern auf einer anderen Beurteilungsmethode, welche die Exposition, d.h. die Menge und Dosis, der ein Anwender und/oder Konsument ausgesetzt ist, nicht berücksichtigt». (3) Was sagen Sie dazu?

Das ist richtig. Ich kenne das Schweizer Gesetz nicht, aber in der EU ist es sehr klar: Das Dosis-Wirkungs-Prinzip wird bei nicht genotoxischen Substanzen angewandt. Ist eine Substanz aber genotoxisch, dann spielt die Dosis der Exposition keine Rolle und die Substanz muss gemäss EU-Recht verboten werden. Deshalb ist die Aussage des Bundesrates zumindest bezüglich EU-Recht für Glyphosat kein statthaftes Argument.

Die meisten Behörden auf der Welt haben festgelegt: Ist eine Substanz genotoxisch und handelt es sich um ein Karzinogen, dann wird sie verboten.

Ist Glyphosat genotoxisch?

Wir wissen es nicht genau: Die Daten von 50 Prozent der Studien sprechen für eine Genotoxizität, 50 Prozent dagegen. Im Interesse der öffentlichen Gesundheit sollten wir Glyphosat deshalb meiner Meinung nach als genotoxisch klassieren.

Die Zulassungsbehörden wurden in den 1970er-Jahren aufgebaut, um einen zweiten «Fall DDT» zu verhindern. Mit Blick auf die Pestizide Glyphosat, Triclosan oder die Neonicotinoide: Wurde dieses Ziel erreicht?

Das ist schwer zu beantworten. Seitdem chemische Substanzen verboten wurden, wissen wir nicht, ob wir damit tatsächlich präventiv Krebsfälle verhindert haben. Aber ganz klar, seit DDT haben wir Fehler gemacht. Viele Substanzen haben wir falsch angegangen; z. B. Blei im Benzin, es dauerte lange, bis es verboten wurde. Es hiess zwar, Blei ist ein Problem, aber nur ein kleines. Dann zeigten Studien, dass das Problem doch grösser sein könnte ...

... ist das nicht immer so?

Es ist oft so, dass die Behörden bei einer Substanz einen Grenzwert festlegen, um später festzustellen, dass dieser zu hoch war. Sie senken ihn, um danach erneut zu bemerken, dass er noch immer zu hoch ist. So wiederholte es sich bei zahlreichen Substanzen, etwa bei den Dioxinen, den Dibenzofuranen, den PCBs und auch bei den bromierten Brandschutzchemikalien.

Anders aber scheint es bei den klassischen Pestiziden abzulaufen. Sind sie einmal zugelassen, so verfolgt kaum jemand mehr ihre gesundheitlichen Konsequenzen. Wer geht der Frage nach, ob zugelassene Pestizide Krebs auslösen oder nicht? Bei Glyphosat stammen einige der Studien, die wir überprüft haben, aus dem Jahre 1981. Darin tauchen Tumore auf, obwohl meist nur rund 200 Menschen berücksichtigt wurden. Während 36 Jahren will weltweit keine Zulassungsbehörde diese Tumor-Befunde erkannt haben, obwohl die Literatur zum Krebsrisiko durch Glyphosat beim Menschen nur neun Studien umfasst. Stellen Sie sich vor, schon 1981 hätte jemand dieses Versehen entdeckt und es korrigiert. Das hätte wohl zu einer geringeren Akzeptanz von Glyphosat geführt.

Nehmen wir die grosse US-Umweltbehörde EPA: Warum hat sie diese Tumore nicht erkannt?

Das überraschte mich auch. Die EPA betont, sie würde Pestizide ständig reevaluieren. Dasselbe sagt die EFSA. Offensichtlich tun sie es nicht richtig. Bei richtigem Vorgehen sind diese Tumor-Befunde schwerlich zu übersehen.

Heute stehen wir auch vor dem Problem der neuartigen Neonicotinoide, also Insektizide, die systemisch in die Pflanzen eindringen. Waren sich die Behörden der neuen Dimension bewusst, als sie diese neue Art von Pestiziden zuließen?

Früher wurde das sehr giftige Nikotin als Insektizid verwendet. Die Neonicotinoide sind viel weniger giftig, bestanden die Tests und wurden zugelassen. Der Zulassungsprozess war aber nicht speziell an die neuen Substanzen angepasst worden. Inzwischen wissen wir, dass Neonicotinoide ökotoxikologisch ein Problem sind. Ich bin überzeugt, dass die Evidenz gegeben ist, dass sie Bienen töten. Ich denke, sie werden verboten und durch ein neues Produkt ersetzt, welches dann möglicherweise wiederum problematisch ist.

Die Bienen starben schon in den 1940er-Jahren durch DDT und danach bei allen neuen Insektiziden, die auf den Markt kamen. Die Bienenverträglichkeit müsste doch zumindest heute getestet werden ...

... das gehört in den USA auch heute nicht zum Zulassungsprozedere.

Warum nicht?

Das ist eine sehr gute Frage, die Sie den Zulassungsbehörden stellen sollten. In den USA werden Insektizide an Schmetterlingen getestet, nicht aber an Bienen, obwohl deren Biologie verschieden ist. Auch bei den Schmetterlingen ist die Beurteilung mehr als fragwürdig: Sterben 20 Prozent auf Grund eines Insektizids, gilt das als okay. Sterben über 20 Prozent, schauen sie genauer hin. Sind es mehr als 50 Prozent, wird die Substanz verboten.

Wie sehen Sie die Zukunft von Glyphosat?

Ich war lange Zeit in Zulassungsbehörden tätig und hatte die Möglichkeit, Substanzen zu verbieten. Darum antworte ich als Wissenschaftler und ehemaliger Funktionär: Die EFSA und die ECHA haben ihren Job nicht gemacht. Die Informationen, die sie den gesetzgebenden Politikern geliefert haben, sind wissenschaftlich nicht haltbar und qualitativ schlecht. Mir geht es nicht vordringlich darum, dass Glyphosat verboten wird. Mir geht es grundsätzlich um die wissenschaftliche Beurteilung des Krebspotenzials von Substanzen. Dafür bestehen Regeln, welche die Behörden streng befolgen müssen. Das ist bei Glyphosat momentan nicht der Fall. Folgen die Politiker der Empfehlung ihrer Behörden, wird bei Glyphosat der öffentliche Gesundheitsschutz scheitern. Deshalb habe ich den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in einem Brief auf die fehlerhaften Grundlagen aufmerksam gemacht, die er von seinen Behörden erhalten hat.

1. Christopher Portier et al.: Differences in the carcinogenic evaluation of glyphosate between the International Agency for Research on Cancer (IARC) and the European Food Safety Authority (EFSA), J Epidemiol Community Health Month, JECH Online First, published on March 3, 2016 as 10.1136/jech-2015-207005.

2. Chemische Stoffe werden als genotoxisch bezeichnet, wenn sie das genetische Material von Zellen verändern.

3. E-Mail von Bundesrat Schneider-Ammann vom 22.05.2017 als Antwort auf ein Schreiben von Bernadette Scherrer (Genkritisches Forum GenAu) und Dr. med. Peter Kälin (AefU) betreffend «Unzulässige Öko-Fördergelder für Glyphosat».

Quelle: Glyphosat: EU-Bewertung hat gravierende Mängel

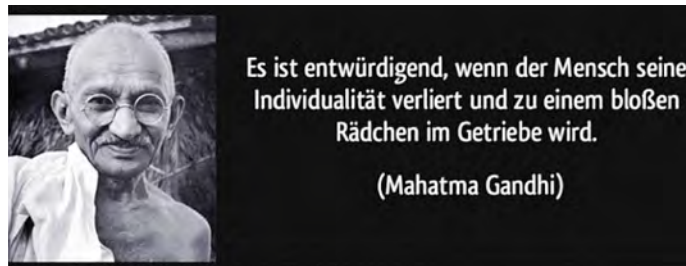
Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/07/19/glyphosat-auf-kosten-der-menschen/>

Unterdrückte Individualität – die Ursache aller menschlichen Probleme

Posted by Maria Lourdes - 22/07/2017

Nicht Geld, sondern die Steuerung der menschlichen Vorstellungskraft ist der Schlüssel zur Macht! Das Thema ist düster. Die Programmierung wird durch Schule, Ausbildung und Arbeitswelt gefestigt.

Möglich ist dies, weil das Kind in den ersten Lebensjahren, wie jedes tierische Lebewesen, Haltung, Einstellung und Verhalten der Eltern kritiklos kopiert. Doch auch schon die Eltern sind meist unbewusst von Schule und Ausbildung geformt und werden vom Hamsterrad, das sich immer schneller drehen muss, schön auf Trab gehalten. Die Angst verstossen zu werden und mangels Eigenständigkeit sterben zu müssen, bestärkt das angepasste Verhalten. Dieser Zustand anhaltender Anspannung zehrt an der Lebensenergie.



«... Das Wichtigste, was ich am eigenen Leib lernen durfte, war:

Die Steuerung von Menschen in diesem System funktioniert in erster Linie eben nicht über Geld oder über Rechtssysteme, sondern ist eine über Jahrhunderte und Generationen von klugen Psychopathen geschickt aufgebaute psychische Steuerung, die mittlerweile dermassen perfekt funktioniert, dass sie aus uns selbst heraus generiert wird. Die müssen weiter nur noch ein paar Punkte antriggern. Das reicht. Den Rest erledigen wir selbst, in uns und mit uns. Ich hätte nie gedacht, wie tief ich selbst psychisch noch als Person in und mit dem System verstrickt bin und das sind die meisten, um nicht zu sagen, fast alle ...» Zitat von Andreas Claus

Doch für den Aufbruch in ein individuelles, kraftvolles und erfüllendes Leben muss man sich erstmal seiner tatsächlichen Lage bewusst werden. Dazu dient das folgende Gespräch.

Mit der angewandten Simplonik, die Ulrich Mohr vor vielen Jahren begründet hat, kann man anschliessend klar, orientiert und bereits zuhause die ersten wirkungsvollen Schritte tun.

Unterdrückte Individualität – die Ursache aller menschlichen Probleme

Ulrich Mohr im Gespräch mit Michael Friedrich Vogt; Quer-denken.tv

Individualität wird meist allein mit einem individuellen Kleidungsstil, dem Erscheinungsbild oder einer speziellen Lebensweise in Verbindung gebracht. Im Kern geht es um etwas viel Existentielleres. Gelebte Individualität bedeutet: Ich bin in der Lage, intuitiv wahrzunehmen, was ich jetzt tun muss, um im nächsten Augenblick mit meinen individuellen Fähigkeiten maximal überlebenskompetent zu sein. Für den bewussten Menschen ist es darüber hinaus die Fähigkeit, die eigenen Bedürfnisse, das eigene «So Sein, wie man wirklich ist» zu spüren und zu erfüllen. Das ist bodenständige Spiritualität.

Dieses natürliche Verhalten ist jedoch störend für das Zusammenpferchen von Menschen zu Gesellschaften. Ein intuitiver Mensch, der nach eigenem Überlebensinteresse handelt, ist nicht kalkulierbar und nicht beliebig formbar.

Er ist wie man sagt «eine linke Type», weil er bei unerwartet veränderten Anforderungen neu entscheidet. Ganz anders hingegen «der rechte Mensch, mit dem Herzen am rechten Fleck». Er ist preussisch zuverlässig, das heisst gradlinig auf Anordnung und Befehl, gleichgültig wie sehr sich die Entwicklung der Dinge gegen das eigene Überleben und Dasein richten mag.

Berechenbares Funktionieren ist dagegen das Anliegen einer kleinen Gruppierung, die an der Macht über die zusammengezwungenen Massen interessiert ist. Somit wird der Mensch in eine Gesellschaft geboren, in der der natürliche Egoismus, die natürliche Eitelkeit, Intuition und Aggressivität von klein auf unterdrückt und eingedämmt werden.

Es gilt, den grösstmöglichen wirtschaftlichen Nutzen aus der Arbeit anderer zu ziehen. So ist es nur folgerichtig, dass in Zeiten der Robotik und Technik der Mensch nach Jahrhunderten als «Biomachine» nun aus dem Arbeitsprozess «entsorgt» wird. Es verbleibt für viele allein die Freiheit, billigen Schrott aus China zu konsumieren, auf dass sich das Rad der Wirtschaft weiterdrehen möge.

Die Programmierung wird durch Schule, Ausbildung und Arbeitswelt gefestigt. Die Angst verstossen zu werden und mangels Eigenständigkeit sterben zu müssen, bestärkt das angepasste Verhalten.

Dieser Zustand anhaltender Anspannung zehrt an der Lebensenergie. Die Reduzierung des «Humankapitals», wie die Arbeitskräfte oft genannt werden, auf Zahl und Funktion macht das Leben zusehends grau und fad. Und genau daran leidet die innere, menschliche Natur, die sich in eine persönliche Rolle zwingen liess. Hier finden wir den Ursprung allen Leids, aller Krankheiten, von Freitod und geistigem (Anm. bewusstseinsmässigem) Verfall.

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2017/07/22/unterdrueckte-individualitaet-die-ursache-aller-menschlichen-probleme/>

Ich stehe an der Seite der «Bösen» – an der Seite Russlands

21/07/201723/07/2017 NPR



Ich stehe nicht auf der Seite der «Guten». Ich stehe auf der Seite der «Bösen».

Ich stehe auf der Seite von Putins Russland. Und jetzt werde ich euch erklären, wieso auch Europa an der Seite Russlands stehen sollte und nicht an der von Obamas (Trumps) USA.

Hört man dem medialen und journalistischen «Chor» zu, so scheint es eine Situation von vor 1989 zu sein, als die Welt noch durch die Berliner Mauer in zwei Blöcke aufgeteilt war. Auf der einen Seite die USA mit einem Friedensnobelpreisträger als Präsidenten, der die «Demokratie» in Form von «ethisch korrekten» Bombardements exportiert; auf der anderen Russland, das «Übel auf der Erde», die konstante «Bedrohung» für den Frieden.

Es ist bereits seit eh und je entschieden, wer der «Gute» und wer der «Böse» ist, doch wie immer sind die Seiten verfeindet.

- «Der Böse» ist Putin, obwohl die seit 1989 bis heute weltweit verübten Bombardierungen von den USA verübt werden, um jedes Land, welches sich ihnen widersetzt, zu destabilisieren.
- «Der Böse» ist Putin, obwohl die «farbigen Revolutionen», um legitime Regierungen weltweit zu destabilisieren, allesamt von den USA orchestriert wurden.
- «Der Böse» ist immer noch Putin, obwohl die Flüchtlingsströme, von denen man heute viel spricht, allesamt durch die weltweit getätigten Destabilisierungen von Regierungen durch die USA verursacht worden sind: Libyen, Irak, Syrien.

Und noch immer ist Putin «der Böse», obwohl Russland von 1989 an bis heute dabei war, sich zurückzuziehen und nicht zu expandieren, während die über 200 verteilten, fremden Militärbasen, die den europäischen Boden okkupieren, allesamt amerikanische sind, nicht russische.

Und die Amerikaner selbst sind heute dabei, neo-nazistische Kräfte in der Ukraine zu unterstützen. Aus diesen Gründen glaube ich, dass es heute mehr als jemals zuvor ein geopolitisch starkes und militärisch unabhängiges Russland braucht. Ein Russland, das den amerikanischen Imperialismus zu stoppen vermag und all jene Staaten, die diesem Widerstand leisten, unterstützen können und darüber hinaus in der Lage ist, die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft des amerikanischen Typs aufzuhalten.

Die USA wollen die Welt dominieren, wohingegen Russland eine multipolare Weltordnung möchte. Aus diesen Gründen, und damit schliesse ich ab, sollte Europa sich Russland zuwenden und sich den USA widersetzen. Den

USA und Obama (Trump) genau das sagen, was auch Präsident Putin sagt: «Nein, du kannst nicht. No, you can't!» Doch heute wissen wir, dass Europa noch nicht einmal geographisch wirklich existiert. Europa existiert heute nur noch als der Euro.



DIEGO FUSARO ist politischer Kommentator; Journalist; Gegner des Kapitalismus; gegen das europäische Bankensystem und das globalisierte Einheitsdenken. Er widmet sich dem Studium der Philosophie aller Zeiten, vor allem Marx und Gramsci, um ein soziales Projekt zu verwirklichen, um folglich die Aufmerksamkeit der Politiker auf spezifische Programme zu lenken, wo die Priorität das erniedrigte Volk der Erde sein wird, sowie die Berücksichtigung der verschiedenen Kulturen und deren Ausdruck – möglicherweise, wo sie sich entwickelt haben.

Die weltweite Verbreitung, und Übersetzung seiner Botschaften ist ausdrücklich erwünscht.

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/07/21/ich-stehe-an-der-seite-der-boesen-an-der-seite-russlands/>

Ehemaliger Vize-Finanzminister Roberts: USA mehr auf Konflikt mit Russland aus als im Kalten Krieg

2.08.2017 • 06:15 Uhr

Die neue Runde der Sanktionen gegen Russland begünstigt die US-Energiewirtschaft und den Militärsicherheitskomplex und zeigt ausserdem, dass der Konflikt mit Moskau das Hauptziel der US-Aussenpolitik ist, so der ehemalige stellvertretende US-Finanzminister Paul Craig Roberts zu RT.

Der US-Senat hat am Donnerstag fast einstimmig dafür gestimmt, Russland neue Sanktionen wegen der angeblichen Wahlbeeinflussung durch russische Hacker aufzubürden. Die Gesetzesvorlage, die den US-Präsidenten daran hindert, bestehende Sanktionen gegen Russland zu lockern und Sanktionen gegen den Iran und Nordkorea zu verhängen, wird Donald Trump in einer veto-beständigen Form vorgelegt.

Das Weisse Haus kündigte am Freitag an, dass Trump die endgültige Version des Entwurfs überprüfe und sie zu unterzeichnen plane.

RT Deutsch sprach mit Paul Craig Roberts, dem ehemaligen stellvertretenden US-Finanzminister und Vorsitzenden des Instituts für Politische Ökonomie.

Herr Roberts, in Ihrem neuen Artikel «Das neue Sanktionen-Gesetz gegen Russland ist Washingtons Denkmal für seine Kriminalität» schrieben Sie: «Der US-Kongress würde lieber den Präsidenten der Vereinigten Staaten absägen und das Risiko eines Atomkriegs erhöhen, als Konflikte mit Russland durch die Normalisierung der Beziehungen zu vermeiden.» Könnten Sie das bitte näher erläutern?

Dieses Gesetz ist aus zwei Hauptgründen extrem gefährlich. Erstens, es verhindert, dass US-Präsident Trump die Beziehungen zu Russland normalisiert. Wie wir alle wissen, sind die Spannungen jetzt sehr hoch, meiner Meinung nach sind sie heute höher, als sie es je im Kalten Krieg gewesen sind. Der andere Grund, warum dieser Gesetzentwurf äusserst gefährlich ist, ist der ökonomische Druck, den er auf Russland ausübt. Denn er wurde entworfen, um die russischen Erdgasverkäufe nach Europa mit US-amerikanischen Verkäufen zu ersetzen. So schadet er dem Rubel sowie der russischen Wirtschaft und isoliert Russland weiter von Europa. Es ist der wirtschaftliche Druck, der zum Krieg führt.

Sie argumentieren auch, dass diese Sanktionen Europa und vor allem Deutschland, wo die Pipeline enden soll, verstimmen werden. Was will der US-Kongress dann durch die Einführung dieser Sanktionen erreichen? Oder geht es einfach darum, deren Abhängigkeit vom US-amerikanischen Erdgas zu erzwingen?

Das ist ein Teil davon. Der US-Kongress gewinnt politische Beiträge aus der US-amerikanischen Energiewirtschaft und aus dem Militärsicherheitskomplex, weil dieser Gesetzentwurf zusammengestellt ist, um beiden Interessengruppen zu dienen. Sie sind beide extrem leistungsfähige Interessengruppen. Auf diese Weise gewinnt der Militärsicherheitskomplex, indem er die Normalisierung der Beziehungen verhindert, was eine Bedrohung für den Haushalt und die Macht des Militärsicherheitskomplexes darstellt. Die Energieunternehmen gewinnen, indem sie einen neuen Markt für ihr verflüssigtes Erdgas erhalten, das sie durch Fracking bekommen und dadurch so viele Umweltschäden in den Vereinigten Staaten anrichten. Das kommt beiden Gruppen zugute. Und daher fiel die Abstimmung im US-Kongress, wie Sie wissen, fast einstimmig aus. Nur zwei US-Senatoren von hundert und nur drei US-Repräsentanten von (mehr als) vierhundert (419 zu 3) stimmten dagegen. Sie können die Macht dieser Interessengruppen sehen. Sie bevorzugen ihre Interessen der Normalisierung der Beziehungen

zwischen den Atommächten. Wenn Sie schlechte Beziehungen zwischen solchen Atommächten wie Russland und die Vereinigten Staaten haben, ist die Chance, etwas falsch zu machen, extrem hoch.

Russland traf Vergeltungsmassnahmen, indem es die Anzahl der Mitarbeiter in der US-Botschaft in der Russischen Föderation verringerte. Wie kann die russische Führung Ihrer Meinung nach diese neuen Sanktionen deuten?

Ich denke, die russische Führung muss ihre gepflegte Illusion nun endlich aufgeben, dass sie mit Washington eine Übereinkunft erreichen kann. Ich habe es schon lange klar gemacht, der einzige Weg, den Russland mit Washington erreichen kann, ist, sich zu ergeben und die US-amerikanische Hegemonie zu akzeptieren. Wenn die russische Regierung nun an der Illusion festhält, dass sie eine Übereinkunft erreichen kann, denke ich, dass es einem sehr gefährlichen Irrtum zu schulden ist. Ich denke, das sollte ein Weckruf für Russland sein, dass der Kongress der Vereinigten Staaten nun den Konflikt mit Russland zum Hauptziel der US-amerikanischen Aussenpolitik gemacht hat.

Das ist nur der Anfang der von Russland getroffenen Massnahmen. Wie wird sich das Ihrer Meinung nach abspielen, vor allem, wenn wir einen US-Präsidenten Trump haben, der gegen den Willen des US-Kongresses anscheinend auf eine Normalisierung dieser Beziehungen abzielt? Wie wird Russland sich Ihrer Ansicht nach verhalten?

Trump kann die Beziehungen nicht mehr normalisieren. Der Gesetzentwurf verbietet das. Und er hat keine wirkliche Alternative. Er muss ihn unterzeichnen, weil es veto-beständig ist. Wenn Trump ihn nicht unterschreibt, werden die Medien das als Beweis dafür verwenden, dass er zugunsten von Russland arbeitet, was dann wahrscheinlich zu seinem Impeachment führen würde. Also, was Russland tun wird, weiss ich nicht. Es hängt davon ab, wie sehr (die Russen) aufwachen, wie viel sie von dieser Illusion aufgeben, dass sie eine Übereinkunft erreichen könnten. Es ist eine ernsthafte Situation für Russland, denn die Vereinigten Staaten haben einen Weg des Konflikts mit Russland beschritten. Und genau das ist es, wo die Vereinigten Staaten stehen. Das ist die genaue Wirkung dieses Gesetzentwurfs, denn es ist die Absicht eines der beiden Hauptsponsoren des Gesetzentwurfs, den Konflikt zu fördern, um die Spannungen zu erhöhen, weil dies für die Macht und das Budget des Militärsicherheitskomplexes wesentlich ist.

RT Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/55014-roberts-usa-russland-gewollte-konfrontation/>

Der Riss durch die EU

1. August 2017; Wolfgang Arnold

Das Interesse von Italien und Griechenland, uns vor Immigranten zu schützen, könnte nur mit Geld geweckt werden. Beide Staaten dürften von der Türkei gelernt haben, wie das funktioniert.

Drei Milliarden Hilfsgelder zahlt die EU (hauptsächlich Deutschland) der Türkei, damit sie die Flüchtlingszahlen in Grenzen hält. Der Kanzlerin ging es bei dem Pakt mit Erdogan allein darum, ihre Kanzlerschaft zu retten. Je stärker der Flüchtlingsstrom nach Italien anhält, desto grösser wird der Druck auf die italienische Regierung werden, einen ähnlichen Deal mit Frau Merkel abzuschliessen.

Mehr noch: Paolo Gentiloni und Angela Merkel könnten sich angesichts der September-Wahl in Deutschland bereits über die Modalitäten geeinigt haben als Gegenleistung dafür, dass Italien alles unternimmt, um der deutschen Kanzlerin vom Flüchtlingsstrom den Rücken frei zu halten. Es warten in Italien schliesslich zigtausend Migranten aus Afrika auf den Durchlass nach Deutschland.

Einem solchen Agreement dient vermutlich auch der Vorstoss der Regierung Gentiloni, mit Hilfe der italienischen Marine den Schleppern vor der lybischen Küste das Handwerk zu legen.

Warum sonst sollte Italien die EU-Aussengrenzen derart konsequent schützen?

Afrika mit inzwischen weit über einer Milliarde, bald zwei Milliarden Menschen, dicht gefolgt von der islamischen Welt mit 1,6 Milliarden Muslimen, die sich ebenfalls explosionsartig vermehren, werden in den nächsten Jahren nichts unversucht lassen, Europa regelrecht zu überrennen. Schliesslich können sie ihren Lebensstandard hier um ein Vielfaches verbessern. Entsprechende Nachrichten sind im entferntesten afrikanischen Dorf bekannt.

Sollen Italien oder Griechenland (auch Spanien) die Gesundheit ihrer Polizisten und ihres Grenzschutzes aufs Spiel setzen und gleichzeitig sehr hässliche Bilder um die Welt gehen lassen? Italien, Griechenland und auch

Spanien sind nicht das Ziel der Migranten. Die wollen nur durchziehen und weiter nach Österreich, Schweden und vor allem nach Deutschland!

Wo liegt das Interesse der Italiener und Griechen oder Spanier, Deutschland zu schützen? Der Grund könnte allein per Scheck beglichen werden.

Sobald die nächste grosse Flüchtlingswelle losbricht – die im Augenblick noch mit Rücksicht auf Merkels Wahlchancen von Italien abgebremst wird –, dürfte durch den innenpolitischen Druck in Deutschland und auch in Italien und Griechenland die Spaltung Europas vertieft werden.

Der Druck, den einerseits insbesondere Deutschland und Österreich auf Italien und Griechenland ausüben müssen, und andererseits der Widerstand der deutschen und österreichischen Bevölkerung gegen die «geldgierigen» Südländer, wird zu einer zunehmenden Spaltung der Europäischen Union führen.

Diese Union entlarvt sich immer deutlicher als ein Versuch, die anderen auszunutzen, so gut es geht. Anfangs hielt das Konstrukt zusammen, weil mehr oder weniger alle voneinander profitierten. Sobald aber die wirtschaftlichen Nachteile bei einigen überwiegen, schwindet das Interesse an einer derartigen Union, denn es gibt zwischen den teilnehmenden Ländern keinen inneren mentalen Zusammenhalt.

Anders war es bei der deutschen Einheit. Und selbst in diesem Fall bestanden trotz innerem und mentalem Zusammenhalt über viele Jahre hinweg ernsthafte Vorbehalte, die noch immer nicht ganz ausgeräumt sind.

Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerade zwischen den Italienern und Griechen einerseits sowie Deutschen, Österreichern oder auch Niederländern und Luxemburgern andererseits riesige Unterschiede aufweist. Man hat hier Länder zusammengewürfelt, die extrem differieren; Probleme wie die Flüchtlingskrise werden das Konstrukt EU auseinanderbrechen lassen.

Darin liegt vermutlich der eigentliche Grund für die Merkelsche «Alternativlosigkeit», dem Mantra von «Wir schaffen das» und ihrer Gleichschaltung der deutschen Presselandschaft. Sie hat keine Wahl. Sonst ginge für die Frau alles den Bach runter.

Quelle: <http://krisenfrei.de/der-riss-durch-die-eu/>

Putin: 755 US-Diplomaten müssen Russland verlassen – Wir lassen nichts mehr unbeantwortet

31.07.2017 • 07:45 Uhr

Mehr als 755 US-amerikanische Diplomaten müssen Russland als Ergebnis von Washingtons neuer anti-Russland-Politik verlassen. Das hat der russische Präsident Wladimir Putin in einem Exklusiv-Interview mit dem Fernsehsender Rossiya 1 erklärt.

«Die amerikanische Seite machte einen Schritt, um die Beziehungen zwischen Russland und den USA zu verschlechtern, der nicht von irgendetwas provoziert wurde. Das schliesst rechtswidrige Beschränkungen ein, Versuche andere Staaten, einschliesslich unsere Verbündeten, zu beeinflussen, die sich für die Entwicklung und Erhaltung der Beziehungen zu Russland interessieren», sagte Putin dem Moderator Wladimir Solowjow.

«Wir haben lange gewartet, dass sich vielleicht etwas zum Besseren ändern würde. Wir hatten gehofft, dass sich die Situation ändern würde. Aber es sieht mittlerweile so aus, dass sich in naher Zukunft nichts ändern wird. Ich habe entschieden, dass es Zeit für uns ist, dass wir nichts mehr unbeantwortet lassen», fügte der russische Präsident hinzu.

Anfang der vergangenen Woche, nachdem der US-Kongress die Genehmigung für neue Sanktionen gegen Russland, Iran und Nordkorea erteilte, gab das russische Aussenministerium bekannt, dass Moskau die Zahl der US-Diplomaten in Russland auf 455 Personen reduziert.

Die Zahl der US-Mitarbeiter im diplomatischen Dienst auf russischem Boden muss bis zum ersten September angepasst werden. Bis jetzt «übertrifft» die diplomatische Präsenz der Vereinigten Staaten die der Russischen Föderation auf US-Boden «stark», teilte das Aussenministerium in Moskau mit. Die Zahl der diplomatischen Mission der USA in Russland umfasst mehr als 1200 Mitarbeiter.

«Aus der Perspektive einer arbeitsdiplomatischen Mission ist die Massnahme ziemlich empfindlich», informierte das russische Staatsoberhaupt. Das US-Aussenministerium reagierte mit Bedauern und argumentierte, dass es sich um eine «ungeahnte Handlung» handelt. «Wir bewerten noch die Auswirkungen einer solchen Einschränkung und wie wir darauf antworten werden», geht aus einer öffentlichen Mitteilung des US-amerikanischen Aussenministeriums hervor.

Der russische Präsident bemerkte weiter, dass es eine Reihe von «wichtigen Sphären der Zusammenarbeit

zwischen Moskau und Washington gibt. Er hofft, diese werden nicht unter der neuen anti-russischen Politik Washingtons leiden. Dazu zählte Putin den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus, Verpflichtungen zur nuklearen Rüstungskontrolle und Raumfahrtprojekte.

Dabei fürchtet sich der Präsident weniger vor Wirtschaftssanktionen, denn diese seien im Vergleich zu anderen Staaten eher marginal. Moskau unterhält wichtigere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit China, der Europäischen Union und anderen Staaten als den USA, fügte der russische Präsident hinzu.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/54940-putin-755-us-diplomaten-trump-sanktionen/>

Journalisten packen im Wochenblick-Sonderheft aus: «Warum wir nicht die Wahrheit sagen dürfen»

Epoch Times; Aktualisiert: 28. Juli 2017 6:40

Im neuen Wochenblick-Sondermagazin packen ehemalige Mainstream-Journalisten aus und verraten, warum Redakteure zu brisanten Fakten und Zusammenhängen schweigen müssen.

Insider aus der Medienbranche haben Mut bewiesen und berichten jetzt über die zum Teil erschreckenden Fakten aus der Welt des Mainstream-Journalismus. 96 Seiten umfasst das neue Hochglanz-Standardwerk des «Wochenblick» zu den brisanten Verstrickungen und Vertuschungen der Mainstream-Medien, das soeben erschienen ist.

Im Magazin werden Vertuschungen um Ausländerkriminalität und andere brisante Themen umfassend beleuchtet. Die Beiträge kommen unter anderen von Michael Klonovsky (früher FOCUS), Kurt Guggenbichler (früher OÖ NACHRICHTEN), Wilhelm Holzleitner (früher OÖ RUNDSCHAU), Elsa Mittmannsgruber (früher KRONE), Kornelia Kirchwegger (früher APA). Mit Gastbeiträgen u.a. Andreas Hauer (Vorstand des Instituts für Verwaltungsrecht an der Universität Linz).

Was sagt Journalist und Publizist Michael Klonovsky?

Der Journalist und Publizist Michael Klonovsky gehört zu den unbequemen Intellektuellen in Deutschland. Klonovsky arbeitete von 1992 bis 2016 bei «Focus» u.a. als «Chef vom Dienst» und als Debattenressort-Leiter.

Der gelernte Maurer wuchs in der DDR auf. Zensur und Maulkorb-Journalismus lernte er – anders als westdeutsche Kollegen – auf bedrängend offensichtliche Art kennen, schreibt der «Wochenblick». Inzwischen berät Klonovsky die AfD.

Klonovsky wirft den Mainstreammedien vor, sie hätten eine «Lückenpresse» entwickelt. «Jeder Journalist weiss, für welche Themen er ein Bienchen seiner Chefs bekommt und anerkennende Worte seiner Kollegen erntet, und von welchem Thema er besser die Finger lässt», so Klonovsky im Interview mit dem «Wochenblick».

Dass Medien täglich «lückenhaft» berichten – und zwar gezielt –, das steht für ihn ausser Frage. Jeder wisse, dass der «teuflische Herr Trump» einen Grenzzaun zu Mexiko bauen will. Kaum einer wisse aber, dass unter der Regentschaft des «edlen Herrn Obama» die Grenzsicherung zu Mexiko vorangetrieben wurde. Und niemand wisse, dass Mexiko Grenzbefestigungen zu Guatemala errichtet, um illegale Migranten aufzuhalten, meint der Journalist.

Selbst wenn es um brennende Asylheime gehe, gebe es eine differenzierte Berichterstattung: «Ist das Feuer von den Bewohnern selbst verursacht worden, fährt man die Sache klein, achtet darauf, ja keine falschen Anschuldigungen zu machen und so fort. Ist das Feuer von aussen gelegt worden, darf die Propagandaorgel losdröhnen, können ganze Kleinstädte und «gesellschaftliche Mitten» unter Verdacht gestellt werden», so sein vernichtendes Urteil.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/journalisten-packen-im-wochenblick-sonderheft-aus-warum-wir-nicht-die-wahrheit-sagen-duerfen-a2175904.html>

Lawrow: US-Politiker leiden unter «Massenpsychose» – Normale Menschen haben es schwer

Sputnik; Mo, 24 Jul 2017 06:31 UTC

In Bezug auf die Diskussion über den angeblichen Einfluss Russlands auf den US-Wahlkampf im Vorjahr hat der russische Aussenminister Sergej Lawrow sein Erstaunen darüber geäussert, dass die US-Politiker einer «Massenpsychose» ausgesetzt sind.



© AP Photo/ Sergei Chuzavkov

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow handelt wie gewohnt sehr klug

«Ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass die US-amerikanischen Politiker einer solchen Massenpsychose ausgesetzt sind. Ich habe mit vielen von ihnen gesprochen, als ich noch in New York tätig war. Ich wundere mich sehr über das Geschehen», sagte Lawrow am Montag in einem Interview mit dem kurdischen TV-Sender Rudaw. Zugleich schloss Lawrow nicht aus, dass viele von denen, die dieser für die US-Politik anormalen Bewegung gefolgt seien, begreifen, dass all dem irgendwie ein Ende gesetzt werden müsse.

«Bedauerlicherweise treiben sie sich selbst auf einen sehr hohen Zaun, von wo aus dann schwer abzuspringen ist», sagte Lawrow.

Moskau verstehe allerdings, wie schwer es aktuell für «normale» Menschen in den USA sei.

«Wir verstehen, wie schwer es zurzeit für jene in Washington ist, welche versuchen, den gesunden Menschenverstand bei einer solch massenhaften, paranoiden Russophobie an den Tag zu legen, nachdem es ja seit mehreren Monaten keinerlei Ermittlungen und keinen einzigen Fakt gibt, der eine angebliche Einmischung Russlands in die US-Angelegenheiten bestätigen könnte. Normale Leute haben es dort nicht leicht.»

Moskau hofft laut Lawrow jedoch darauf, dass die US-amerikanische Öffentlichkeit dem Präsidenten Donald Trump bei seinem Dialog mit Russland über die Cybersicherheit nicht im Wege stehen werde.

US-Geheimdienste hatten am 6. Januar einen Bericht veröffentlicht, in dem Russland für die Hackerangriffe auf US-Ziele während des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA verantwortlich gemacht wird. Moskau wird vorgeworfen, sich in den politischen Prozess in den USA eingemischt zu haben, um die demokratische Kandidatin Hillary Clinton in Misskredit zu bringen. Die USA haben Moskau bereits mehrmals der Einmischung in den Wahlkampf beschuldigt. **Moskau weist indes sämtliche Anschuldigungen zurück.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/30373-Lawrow-US-Politiker-leiden-unter-„Massenpsychose“-Normale-Menschen-haben-es-schwer>

Der Untergang von Einigkeit, Recht und Freiheit – Merkels Bilanz

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 25. Juli 2017; von Gastautor Hanno Vollenweider

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland? Davon sind wir heute so weit entfernt, wie in der DDR von «Deutschland einig Vaterland». In der DDR wurde der Text der Nationalhymne stillschweigend entsorgt. In der nächsten Legislaturperiode könnte das Lied der Deutschen dasselbe Schicksal ereilen. Auch wenn nach der Vereinigung der Ost-West-Konflikt nie wirklich gelöst wurde, ist er nicht das, was die Deutschen heute in mindestens zwei Lager teilt. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mit «Wir schaffen das» den endgültigen Keil durch unser Land getrieben und damit alle emanzipatorischen Anstrengungen der letzten knapp 150 Jahre zunichte gemacht hat, es zu einen und seine Bürger zu einer Nation zu formen.

Man muss sich nur Merkels Spur der Verwüstung durch die deutsche Parteienlandschaft anschauen, um ein Bild von ihrer Politik zu bekommen. Der Vergleich zur Schwarzen Witwe drängt sich förmlich auf, wenn man betrachtet, wie sie ihre Partner nach der Paarung auffrisst. Von der FDP bis hin zur einst so stolzen SPD hat sie nur leere Hüllen übrig gelassen. In ihrer eigenen Partei, der CDU, sieht es nicht anders aus. Die alten konservativen und christlichen Werte hat sie nach und nach beerdigt und dann die ganze Partei zu einer Art neuen bunten Einheitspartei geformt – Erich Honecker wäre stolz auf sie.

Sogar sonderbare Randerscheinungen wie die Grünen und Punks wie Tote Hosen Sänger Campino finden «Mutti» und die CDU auf einmal gut. Aber um welchen Preis?

Wie es um die Abschaffung von (Menschen-)Recht und Freiheit in Deutschland bestellt ist, möchte ich mit dieser Auflistung verdeutlichen, die mir in Teilen so von einem Bekannten gesendet wurde und die ich um einige Punkte sowie entsprechende Quellen, also Links und Zitate, ergänzt habe:

Fakten zu Arbeit, Armut und Hartz-IV:

- Der Armutsbericht der Bundesregierung ist gefälscht und sollte in Teilen sogar unterschlagen werden! (Bericht aus DIE ZEIT Online vom 12.4.2017, «Armutsbericht – Zensiert und Geschönt». Zitat: «Vierorts gehören Menschen, die in Müllcontainern nach Pfandflaschen suchen, heute zum Stadtbild. In manchen Ballungsgebieten der Bundesrepublik gefährden drastisch steigende Mieten und Energiepreise sogar den Lebensstandard von Normalverdienern.»)
- Deutschland steuert aufgrund der ungebremsen Einwanderung auf eine Anzahl von 8 Mio. Hartz-IV-Empfängern zu! (Bericht aus der «Welt» vom 27.4.2017, «Zahl der Hartz-IV-Empfänger aus Nicht-EU-Staaten steigt stark». Zitat: «Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts wird zunehmend von Migration bestimmt.»)
- Die Regierung betrügt in Sachen Vollzeitstellen und ersten Arbeitsmarkt! Gerade mal 24 Millionen Menschen sind in Deutschland in Vollzeit beschäftigt! (Quelle: FAZ vom 23.7.2017, «Gesetz von Nahles Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit gescheitert». Zitat: «Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist seit 1996 von rund 25,9 Millionen auf 24 Millionen gesunken.»)
- Im Jahresdurchschnitt 2016 waren rund 43,4 Millionen Personen mit Wohnsitz in Deutschland erwerbstätig. JEDER ab dem 15. Lebensjahr mit einer Stunde Arbeit im Monat wird hier mit einberechnet! (Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2.1.2017, «Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 um 1% gestiegen».)
- 15,3 Millionen haben nur einen Teilzeitjob. (Quelle: SPIEGEL Online vom 28.4.2017, «15 Millionen Beschäftigte arbeiten in Teilzeit». Zitat: «Immer mehr Menschen in Deutschland arbeiten in Teilzeit, in den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Zahl fast verdoppelt. Mittlerweile haben vier von zehn Arbeitnehmern keine Vollzeitstelle mehr.»)
- Über 9,6% der Deutschen verdienen unter 869 Euro im Monat und fallen damit unter die Erwerbsarmutsgrenze. (Quelle: Die Unbestechlichen.com vom 20.7.17, «Erwerbsarmut – Arm trotz Arbeit, das bittere Los immer mehr Deutscher». Zitat: «Was einem aber wirklich zu denken geben sollte, ist neben der enorm hohen Zahl der Betroffenen vor allem die Steigerung, die Deutschland in der Quote hingelegt hat. Im Zeitraum von 2004 bis 2014 verzeichnete diese nämlich eine Zunahme von 100% und hat sich somit innerhalb von 10 Jahren verdoppelt!»)
- Jeder 12. Arbeitnehmer hat zusätzlich zu seiner Vollzeitstelle noch einen sog. Minijob, also ein Beschäftigungsverhältnis auf 450 € Basis. Insgesamt sind in Deutschland 7,3 Millionen Menschen gering beschäftigt, also Minijobber. 4,9 Millionen Deutsche beziehen ihr Einkommen ausschliesslich aus einem Nebenjob. (Quelle: SPIEGEL Online vom 4.7.2016, «Zahl der Minijobber steigt auf knapp 2,5 Millionen»)
- «Über 1,5 Millionen Menschen kommen regelmässig zu den «Tafeln», davon 24 % Rentnerinnen und Rentner. Diese Zahl hat sich seit 2007 verdoppelt und wir gehen davon aus, dass sie noch weiter steigen wird.» Jochen Brühl, Vorsitzender des Bundesverbands Deutsche Tafel, (Quelle: «Pressemitteilung Bundestafel-Treffen 2017» vom 1.7.2017). Diese Zahlen beziehen sich nur auf die «Tafeln», andere Organisationen sind nicht mit einberechnet.
- Über 1 Mio. Erwerbstätige in Deutschland sind sog. «Aufstocker», die unter Hartz-IV-Niveau arbeiten gehen und zu ihrem Lohn einen Ausgleich vom Amt erhalten müssen, um zu überleben. (Quelle: RP-Online vom 6.8.2016, «Hartz-IV-Aufstocker sind mehrheitlich Fachkräfte»)
- Knapp 1 Mio. Deutsche sind dauerhaft in Leiharbeit. Zitat: «Niemals waren so viele Menschen in Deutschland in Zeitarbeit beschäftigt. Sie verdienen deutlich weniger als Festangestellte. Vor allem zwei Branchen nutzen das System.» (Quelle: ZEIT-Online vom 8.9.2016, «Zahl der Leiharbeiter steigt auf Höchststand»)
- Jeder zehnte Rentner muss arbeiten, um sein Leben finanzieren zu können. Zitat: «Binnen eines Jahrzehnts hat sich der Anteil derjenigen Rentner, die mit 65 plus einen bezahlten Job haben, von fünf Prozent auf elf Prozent mehr als verdoppelt.» (Quelle: Merkur.de vom 13.7.17, «Weil das Geld nicht reicht – Jeder zehnte Rentner muss arbeiten»)
- Deutschlands Arbeitslosenzahlen sind geschönt; allein die Anzahl der Arbeitslosen, die aus Gründen wie Weiterbildungsmaßnahmen, Eingliederung, Krankheit und «58 + Hartz-IV» aus der Statistik gestrichen werden, liegt bei über 1 Mio. (Quelle: SPIEGEL-Online vom 1.3.2017, «So wird die Arbeitslosigkeit schön-gerechnet») zusätzlich geht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) davon aus, dass sich 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen gar nicht arbeitslos gemeldet haben.
- Prognose bis 2018: Bis zu 536 000 wohnungslose Menschen in Deutschland! Zitat: «Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich verfestigt u. a. durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors und der atypischen Beschäftigung sowie durch den unzureichenden ALG II-Regelsatz.» (Quelle: BAG Wohnungslosenhilfe)

- Rund 2 Mio. Haushalte in Deutschland sind total überschuldet, was rund 7 Mio. Personen inkl. Kinder betreffen dürfte. Zitat: «In der zunehmenden Überschuldung spiegelt sich die steigende Armutsgefährdung und die Schwächung der sozialen Sicherungssysteme.» (Quelle: Nordwest Zeitung vom 6.9.2016, «Immer mehr Haushalte sind überschuldet»)
- 15,1% der Kinder in Deutschland leben in relativer Armut; 4,9% der Kinder unter 15 Jahren leben in einer Familie, die nicht immer genug zu essen hat. (Quelle: SPIEGEL-Online vom 15.6.2017, «Wo Kinder am besten leben»)
- Die Altersarmut in Deutschland nimmt dramatisch zu! Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung dürfte bereits 2036 jeder fünfte Rentner unter der Armutsgrenze leben. (Quelle: Osthessen News vom 21.7.17 «Tabuthema Altersarmut: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel»)
- 330 000 Haushalten wurde 2016 der Strom abgestellt. Zitat: «Viele Menschen schämen sich ihrer Zahlungsunfähigkeit, sind stigmatisiert, ziehen sich bei Stromsperrern von Freunden und sozialem Umfeld zurück, was besonders Kindern schadet.» (Quelle: shz.de vom 2.3.2017, «Armut in Deutschland: 330 000 Haushalten wurde der Strom abgestellt»)

Fakten zu Recht und Freiheit:

- Ganz oben muss hier natürlich das Maas'sche Zensurgesetz «NetzDG» stehen. Mit der Annahme des Gesetzes am 30.6.2017 durch den deutschen Bundestag ist die Zensur im Netz nun Realität geworden! Ausführungen dazu würden hier den Rahmen sprengen, deshalb empfehle ich diese Artikel: Von David Berger: «Bundestag – Bekämpfung von News, die der Regierung schaden könnten, soll hohe Priorität bekommen»; von Thomas Spahn: NetzDG und so weiter: «Die Gedanken sind frei» – wie lange noch? und von Alexander Wallasch: «Zensur durchgewunken – NetzDG: Löschorgie von Kai aus der Kiste»
Das «NetzDG» ist im Übrigen wahrscheinlich europarechtswidrig, was Justizminister Maas gewusst haben muss, man hat ihn nämlich im Vorhinein darauf hingewiesen:
- im Juni 2017 hat der Bundestag ein sehr weitreichendes neues Überwachungsgesetz beschlossen. Zitat: «Der Bundestag hat eine neue rechtliche Grundlage für den Einsatz von Staatstrojanern beschlossen. Für das Hacken von Computern durch Deutschlands Strafverfolgungsbehörden, für das Verwanzen von Smartphones, für das heimliche Mitlesen von WhatsApp-Nachrichten.» Das Gesetz heißt «Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens» und es ist wahrscheinlich verfassungswidrig. Siehe auch ZEIT-Online vom 22.6.2017, «Dein trojanischer Freund und Helfer».
In diesem Zusammenhang seien Berichte von 2016 erwähnt, die deutlich machen, dass der Bundesnachrichtendienst die sog. Krypto-Messenger wie WhatsApp mit von Hilfe 150 Mio. Euro-teurer Technologien knacken wollte. (Quelle: heise.de vom 30.11.2016, «BND will angeblich mit 150 Millionen Euro Whatsapp & Co. knacken»)
- Bereits im Mai 2017 genehmigte der Bundestag den Onlinezugriff auf die Passbilder-Datenbank der Meldeämter für alle Ordnungsbehörden (Polizei, Geheimdienste, Steuer- und Zollfahnder etc.), was auf kurz oder lang Gesichtsscanning und Tracking ermöglicht.
Zitat: «Der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar warnt nun vor einem «Big-Brother-Gesetz». Die bisherigen Auflagen habe der Gesetzgeber eingeführt, um eine «Massenüberwachung» anhand der Gesichtsfotos zu verhindern. Jetzt sei damit zu rechnen, dass die umfassenden Abrufmöglichkeiten längerfristig dazu verwendet werden, im Rahmen der «intelligenten Videoüberwachung» alle Menschen zu identifizieren, die sich im öffentlichen Raum aufhielten. Nicht umsonst habe die Koalition kürzlich die gesetzlichen Befugnisse entsprechend aufgebohrt.» Quelle: heise.de vom 19.5.2017, «Bundestag genehmigt Online-Zugriff auf Passfotos durch Sicherheitsbehörden»)
- Im März 2017 genehmigte der Bundestag den Ausbau der Videoüberwachung in Deutschland. Zitat: «Unverändert hat das Parlament einen Regierungsentwurf durchgewinkt, wonach die Videoüberwachung an «öffentlich zugänglichen grossflächigen Anlagen» ausgeweitet werden soll. Die Bundespolizei erhält Bodycams und Kennzeichen-Scanner.» Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar kritisierte die Initiative, da diese «einen Weg für eine Totalüberwachung des öffentlichen Raums» ebne, ohne jedoch Terroristen abzuschrecken.
Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist nun auch eine Kennzeichen-Überwachung auf Autobahnen durch Mautkameras etc. möglich.
(Quelle: heise.de vom 10.3.2017, «Bundestag genehmigt Ausbau der Videoüberwachung»)
- «Name, Adresse, Kreditkartennummer: Ab 2018 müssen Fluglinien Datensätze ihrer Passagiere den Behörden überlassen. Das Bundeskabinett hat die Umsetzung einer EU-Richtlinie beschlossen.» (Quelle: SPIEGEL-Online vom 15.2.2017, «Umstrittene EU-Richtlinie Kabinett beschliesst Speicherung von Fluggastdaten»)

- Ganz in diesem Sinn ist auch die Anpassung des deutschen Datenschutzes an «europäische Standards», siehe DSAnpUG-EU-Gesetz, z.B. Datenschutzbeauftragter.info «Datenschutzrechtliche Zäsur»: Neues Bundesdatenschutzgesetz verabschiedet.
- Und natürlich die Neufassung des BKA-Gesetzes – Längere Speichermöglichkeiten, weniger Kontrolle durch öffentliche Stellen, generelle Absenkung des Datenschutz-Niveaus etc.; ich spare mir die Ausführung, lesen Sie selbst: datenschutz-praxis.de vom 23.3.2017 «Neues Bundeskriminalamtgesetz beschneidet Grundrechte»
- Die Neufassung des Archivgesetzes schränkt die Informationsfreiheit gemäss Informationsfreiheitsgesetz ein. (Quelle: iRights.info vom 11.11.2016, «Neues Archivgesetz: Die Akten bleiben geschlossen»)
- Nochmal zurück zum Internet: Im April 2017 erlaubte der Bundestag sog. Deep Packet Inspection und Netzsperrern. Dies erlaubt Providern gezielt Datenverkehr zu unterbinden. Die Türkei nutzt dieses System, um den Zugang zu «Tor» zu sperren. (Quelle: heise.de vom 28.4.2017, «IT-Sicherheit: Bundestag erlaubt Deep Packet Inspection und Netzsperrern» und heise.de vom 20.12.2016, «Türkei blockiert wohl mit Deep Packet Inspection Zugang zu Tor»)
- Das Bankgeheimnis ist in Deutschland de jure abgeschafft. Zitat: «Unter der Bezeichnung «Steuerungsbekämpfungsgesetz» sorgen die neuen Regelungen dafür, dass Finanzbehörden ungehinderten Zugang zu Privatkonten haben und diese auch ganz allgemein überwachen können. So können nun wahllos alle Daten und Kontobewegungen erfasst werden, ohne dass die Betroffenen davon erfahren. Der Bundestag hatte Ende April und der Bundesrat Anfang Juni dem Gesetz zugestimmt. Vordergründig soll es dabei um die Bekämpfung von Steueroasen, das Verhindern von Geldwäsche sowie den Kampf gegen Terrorismus gehen.» (Quelle: Mitteldeutscher Rundfunk vom 10.7.2017, «Deutsches Bankgeheimnis endgültig abgeschafft»)
- Nicht zu vergessen die Bargeldobergrenze! Seit Juli 2017 dürfen Sie in Deutschland keine anonymen Bargeldgeschäfte mehr über 10 000 € machen. Damit soll, natürlich, die Terrorismusfinanzierung eingedämmt werden. Auch der 500 €-Schein wird unter diesem Vorwand abgeschafft. Man nähert sich Schritt für Schritt dem Bargeldverbot, siehe hierzu «Das Bargeldverbot kommt! – Eine düstere Prophezeiung».
- Auch in Sachen Zwangsbehandlung hat die Bundesregierung, allen voran Bundesjustizminister Heiko Maas, nachgelegt. War eine Zwangsbehandlung bisher nur auf richterliche Anordnung möglich, wenn sich ein Patient stationär in einer Klinik aufhielt, können nach der Lockerung des Gesetzes nun auch Behandlungen unter Zwang durchgeführt werden, wenn ein Patient nicht die Kriterien für eine stationäre Aufnahme in eine psychiatrische Klinik erfüllt. (Quelle: TAZ vom 21.6.2017 «Mehr Zwangsbehandlungen»).
- «Bundesjustizminister Heiko Maas hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der den Richtervorbehalt bei der Anordnung von Blutentnahme bei Verkehrsstraftaten abschafft. Zukünftig kann der Staatsanwalt entscheiden. Ist dieser nicht erreichbar, können die Polizeibeamten die Anordnung treffen. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Kirsten Lüthmann, begrüsst den Vorschlag.» Dazu muss man nichts sagen! (Quelle: Celler Presse vom 21.2.2017, «Richtervorbehalt bei Blutentnahme entfällt»)
- Am 01.6.2017 trat das «Gesetz zur Ausweitung des Massregelrechts bei extremistischen Straftätern» in Kraft. Damit schufen Bundesjustizminister Heiko Maas und Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Grundlage zur besseren Überwachung extremistischer Straftäter und Gefährder, Stichwort: Fussfessel. An sich ein gutes Vorhaben, doch wer wird in naher Zukunft alles ein extremistischer Straftäter oder Gefährder sein? Möchten Sie wirklich, dass diese Entscheidung von der derzeitigen Bundesregierung getroffen wird? (Quelle: Bundesregierung vom 8.2.2017, «Überwachung mit elektronischer Fussfessel»)
- Neuerdings können Fahrverbote von bis zu 6 Monaten für alle Straftaten ausgesprochen werden – ganz besonders natürlich für «Hassverbrechen», wie z.B. Hasskommentare auf Facebook oder bei Steuerstraftaten – der «Erziehungsgedanke» spielt laut Aussage des CSU-Abgeordneten Alexander Hoffmann dabei eine übergeordnete Rolle. (Quelle: t-online.de vom 22.6.2017, «Jetzt kommen Fahrverbote für sämtliche Straftaten».)

Ich weiss, dass diese Aufzählung nicht vollzählig ist, es ist fast unmöglich alles darüber aufzulisten, wie die Merkel-Regierung in den letzten Jahren gegen das Volk gearbeitet hat, dessen Vertreter sie sein sollte. Trotzdem denke ich, dass diese Seiten ausreichen, um sich ein realistisches Bild von der Lage in Deutschland zu machen. Da wirkt der Slogan des «Regierungsprogramms» der Union für die Bundestagswahl wie reiner Zynismus: «Gut leben in Deutschland».

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/07/25/der-untergang-von-einigkeit-recht-und-freiheit-merkels-bilanz/>

Fake-News: Willkommen in der Ära der Künstlichen Intelligenz und der technologischen Täuschung

26. Juli 2017

Fake-News. Nach wie vor in aller Munde und doch meist nur eine Umschreibung für Nachrichten, die den «oberen Etagenbewohnern» von Politik und Medien nicht gefallen, weil sie deren Glaubwürdigkeit zerstören und weil sie das herrschende System in Frage stellen.

Doch mit der neuesten Computertechnik und insbesondere der Künstlichen Intelligenz (KI) werden in Zukunft noch ganz andere Dinge möglich sein. Nachrichten, Videos, Bilder und Audio-Aufnahmen, deren Echtheit für den Normalsterblichen nicht mehr verifizierbar ist. Immer mehr Entwicklungen stossen in eine Richtung vor, die einem den Kopf schwirren lassen. Manche sehen darin gar den Anfang vom Ende der Menschheit.

Aber einmal diese apokalyptischen Ansichten beiseite gelassen, werfen wir doch einmal einen Blick auf die derzeitigen technischen Möglichkeiten, die für viele wie Science-fiction klingen werden – was sie aber nicht (mehr) sind.

Audio-Manipulation von Videos

Forscher an der University of Washington (UW) haben eine KI-Software entwickelt, die jemandem im wahrsten Sinn des Wortes «die Worte in den Mund legen» kann. Wenn man so will etwas, was «KI-synchronisierte Lippenbewegungen» generieren kann:

... solange es eine Audioquelle zum Verwenden gibt, kann das Video realistische Mundformen beinhalten, die fast perfekt auf die gesprochenen Worte ausgerichtet sind. Diese synthetisierten Formen können dann auf ein bestehendes Video von jemandem aufgefropft werden ...

... Es gibt zwei Teile bei diesem System: Zuerst wird ein neuronales Netzwerk trainiert, um grosse Mengen an Videos zu sehen, um zu erkennen, welche Audio-Sounds mit welchen Mundformen übereinstimmen. Dann werden die Ergebnisse mit bewegten Bildern einer bestimmten Person gemischt, basierend auf früheren Recherchen zur digitalen Modellierung, die von der UW durchgeführt wurden.

Die UW sagt natürlich, dass es sich dabei um eine gute Sache handelt und dass sie dieses Modell nur entwickelt hat, um Fake-Videos identifizieren zu können. Fast so als hätte man bestimmte Techniken noch nie für zuvor nicht angedachte Zwecke missbraucht. Naivität pur.

Stimmenimitation per Software

Aber hier hört der «Spaß» noch nicht auf. Ein neues Start-Up namens Lyrebird kann inzwischen Audiosegmente erzeugen, die genauso wie eine bestimmte Person klingen. Dazu werden KI-Netzwerke und das sogenannte Deep Learning angewandt, um die Stimmmodulation dieser bestimmten Person nachzubilden.

Zwar ist diese Technik erst im Anfangsstadium und noch etwas holprig, aber es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis die «Anfangsprobleme» gelöst werden.

Besorgniserregend ist dabei insbesondere, dass diese Technik nach den Plänen von Lyrebird bald jedem zugänglich sein soll. Und wenn so etwas schon für den einfachen Smartphonennutzer angedacht ist, auf welche Technologien haben dann erst das Militär und die Geheimdienste Zugriff?

Hologramm-Technik

Eine Technik, bei der viele an Star Trek und Co. denken werden. Aber bereits 2012 wurde der 1996 verstorbene Rapper Tupac in einem Live-Konzert per Hologramm «auf die Bühne gestellt». Tupacs Hologramm wurde, für das menschliche Auge annähernd nicht erkennbar, neben die realen Personen Snoop Dog und Dr. Dre projiziert: Mittels einer Phototechnik werden dabei die Lichtbrechungen eines Objekts erfasst und per Software in ein 3D-Format übertragen. Schon in den 1940ern wurde die erste Hologramm-Technik vom britisch-ungarischen Physiker Dennis Gabor entwickelt, der dafür 1971 den Nobel-Preis gewann.

Unsere Fähigkeit, dynamische, hochauflösende Hologramme zu produzieren – denken sie an Prinzessin Leia, die zusammen mit Obi-Wan Kenobi für die Hilfe der Jedi bittet – ist derzeit von den sogenannten Wellenfrontmodulatoren begrenzt. Diese Vorrichtungen, wie z. B. räumliche Lichtmodulatoren oder digitale Mikrospiegelgeräte, können die Richtung der Lichtausbreitung steuern.

Ein Bildgebungssystem mit einem kurzen Brennweitenobjektiv kann nur ein kleines Bild erzeugen, das einen breiten Betrachtungsbereich hat. Umgekehrt kann ein System mit einer langen Brennweite ein grösseres Bild erzeugen, aber mit einem sehr engen Betrachtungsbereich. Die beste Wellenfrontmodulator-Technologie konnte nur ein Bild erstellen, das einen Zentimeter gross ist, mit einem Betrachtungswinkel von drei Grad. (...)

«Dieses Problem (...) kann durch einfaches Einsetzen eines Diffusors gelöst werden», erklärt YongKeun Park, Professor in der Physik-Abteilung bei KAIST. Weil ein Diffusor Licht diffundiert, können sowohl die Bildgröße als auch der Betrachtungswinkel um einen Faktor von einigen Tausenden, so Park, dramatisch erhöht werden. Aber es gibt noch ein weiteres Problem zu überwinden: Ein Diffusor vermischt das Licht.

«Um einen Diffusor als «eine holographische Linse» nutzen zu können, muss man die optischen Eigenschaften jedes Diffusors sorgfältig kalibrieren», sagt Park per E-Mail. «Zu diesem Zweck verwenden wir eine «Wellenfront-Technik», die Informationen über die Beziehung zwischen dem Auftreten von Licht auf einen Diffusor und dem ausgehenden Licht liefert.»

Eigentlich eine faszinierende Technik, wenn sie gleichzeitig nicht so beängstigend wäre.

Die möglichen Folgen

Wenn man sich all diese Technologien nochmal in einem gemeinsamen Kontext ansieht, von der die eine oder andere bald auf unseren Smartphones landen dürfte, muss man sich zwangsläufig die Fragen stellen: Was kann ich dann überhaupt noch glauben? und: Wie schwierig ist es wohl, ein vollständig «künstliches» Video von einer Person zu erstellen, die die Menschen – aus welchen Gründen auch immer – als Hassobjekt sehen sollen?

Wir leben in Zeiten, wo Fake-News und False-Flag-Operationen schon fast zur Tagesordnung gehören und in der der Krieg als Profitinstrument angesehen wird. Und wie nett wäre es dann doch, wenn man den nächsten Bösewicht so mir nichts, dir nichts per Hologramm, Lippsynchronisation und computergenerierter Audio-Aufnahme erschaffen kann.

Ein konkretes Beispiel gefällig? Wie wäre es mit den Giftgasangriffen in Syrien, die angeblich Bashar al-Assad an der eigenen Bevölkerung verübt haben soll?

Alles was wir in der Hochleistungspresse damals zu hören und sehen bekamen, waren Vermutungen und unbewiesene Anschuldigungen. Ein Video hier und eine emotionale Geschichte dort. Dass Assad kein Motiv hatte, diese Angriffe durchzuführen, schien trotz allem viele Menschen nicht zu interessieren. Doch was wäre, wenn Assad in einem Video zu sehen wäre, wo er genau diese Giftgasangriffe befiehlt?

Was wäre, wenn es ein «KI-Hologramm-Video» mit entsprechenden Audioaussagen geben würde? Wir Menschen tendieren dazu, Dinge zu glauben, die wir anfassen oder zumindest sehen und hören können. Und wenn eine entsprechende Emotion im Vorfeld noch durch die Hochleistungspresse erzeugt wurde, wie würde dann eine «Live»-Rede Assads vor der Kamera ankommen? Auch wenn es eigentlich nur ein Hologramm ist?

Was wäre, wenn es eine durch KI generierte Rede und/oder ein Video geben würde, in der der «aktuelle Feind» des Westens massive Drohungen ausspricht? Vielleicht ein Kim Jung-Un, der bekanntgibt, dass man die USA angreifen will? Kann man ein Land und seine Bevölkerung besser hinter einen «vorbeugenden, militärischen Angriff» bringen als mittels eines solchen «Beweises»?

Conclusio

Vielleicht geht in diesem Fall die Fantasie mit mir etwas durch, aber das Thema KI erfährt immer mehr Akzeptanz in unserer Gesellschaft. Alexa, Siri und Co. sei Dank. Wir werden regelrecht eingelullt, da diese Technologien doch so «bequem» sind. Aber öffnen wir nicht in Wahrheit die Türen für etwas, was der grösste Alptraum der Menschheit werden kann?

Wenn wir uns die heutige Welt anschauen, dann muss man zwangsläufig davon ausgehen, dass die Computer- und KI-Techniken dazu benutzt werden, bestimmte «Saiten zum Klingen zu bringen» – sprich die Massen zu manipulieren. Denn immer, wenn eine Technologie existierte, um Menschen in irgendeiner Form zu täuschen, wurde diese auch am Ende von irgendjemandem eingesetzt.

Quellen: Welcome To The Era Of Artificial Intelligence And Technological Deceit

Apocalyptic AI: Visions of Heaven in Robotics, Artificial Intelligence, and Virtual Reality – Robert M. Geraci

Our Final Invention: Artificial Intelligence and the End of the Human Era – James Barrat

Scarily Realistic AI Video Software Puts Words in Obama's Mouth

Teaser – Synthesizing Obama: Learning Lip Sync from Audio

Politicians discussing about Lyrebird

Tupac Hologram Snoop Dogg and Dr. Dre Perform Coachella Live 2012

Holograms Aren't The Stuff of Science Fiction Anymore

Quelle: <https://www.konjunktion.info/2017/07/fake-news-willkommen-in-der-aera-der-kuenstlichen-intelligenz-und-der-technologischen-taeschung/>

Die Herrschaft der Propaganda

Wenn die Wahrheit überhaupt noch eine Chance hat, dann sicher nicht in den USA

Mittwoch, 26. Juli 2017, 09:56 Uhr; von Paul Craig Roberts

Die Meister der Propaganda, von ihrem Erfinder, dem (...) PR-Experten Edward Louis James Bernays bis zum NS-Propagandaminister Paul Joseph Goebbels, stimmen darin überein, dass eine Lüge durch ständige Wiederholung zur Wahrheit werden kann.

Je reiner die Lüge, desto erfolgreicher lässt sie sich in Die Wahrheit ummünzen. Lügen aber, die zum Teil auf Tatsachen beruhen, oder auch Halbwahrheiten, sind dafür anfällig, durch Fakten infrage gestellt zu werden.

Für einen Propagandisten ist die beste Lüge eine Lüge, die von auch nur den leisesten Anklängen an die Wahrheit völlig frei ist. Eine solche Lüge kann zu einer derart offensichtlichen Wahrheit werden, dass dafür gar kein Beweis nötig ist. In den Worten von Nikki Haley und Hillary Clinton: «Beweise! Wir brauchen keine läppischen Beweise. Wir wissen doch, dass Russland unsere Wahl gehackt hat!»

Für den typischen Amerikaner, der von nichts eine Ahnung hat, reicht die Überzeugung der früheren Aussenministerin und «rechtmässigen Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika» und Präsident Donald Trumps eigener UN-Botschafterin aus, ihn selbst glauben zu machen, dass die Lüge wahr ist, dass Russland die Präsidentschaft für Trump gestohlen habe. Wir alle wissen es. Warum? Weil wir alle gehört haben, wie das viele Monate lang andauernd wiederholt wurde.

Eine Bekannte meinte dazu: «Wenn es nicht stimmte, dann hätten es die Medien doch sicher aufgedeckt.» Diese unbekümmerte Naivität ist typisch für die Bevölkerungen des Westens.

Wie schon Bernays und Goebbels wussten, reicht ein guter Propagandist aus, um die Meinung einer Zielgruppe zu kontrollieren, gleichgültig, ob es sich dabei um eine grosse Bevölkerungsgruppe oder ein ganzes Volk handelt.

Zunächst einmal nahm Bernays amerikanische Frauen ins Visier. Als Propagandist für eine amerikanische Zigaretten-Firma, bewarb der «Vater der politischen Meinungsmache» das Rauchen bei Frauen als Zeichen weiblicher Emanzipation. Er nannte Zigaretten «Freiheitsfackeln». Bernays lieferte auch die Propaganda, die es der United Fruit Company ermöglichte, die US-Regierung dazu zu veranlassen, 1954 die gewählte Regierung von Guatemala zu stürzen.

Goebbels machte die Deutschen zu Dienern des Dritten Reichs, ein Erfolg, den die Neokonservativen in den USA noch nicht errungen haben, aber sie arbeiten daran.

Die Neokonservativen, der militärisch-industrielle Komplex, die Israel-Lobby und die US-amerikanischen Pressetitulierten haben es geschafft, Trump davon abzuhalten, sich aus Syrien zurückzuziehen und die Beziehungen zu Russland zu normalisieren. Es ist ihnen gelungen, indem sie «Russia-gate» benutzten, um Präsident Trump in die Enge zu treiben. Wenn Trump nun die Beziehungen zu Russland normalisiert, werden das die Pressetitulierten als Beweis dafür präsentieren, dass es tatsächlich eine Verschwörung von Putin und Trump gegen die westliche Demokratie gebe.

Würde Trump die Beziehungen zu Russland normalisieren und dadurch die «Bedrohung» entfernen, die die Machtfülle und den Profit des militärisch-industriellen Komplexes und sein Budget rechtfertigt, würde er wohl als Verräter der USA angeklagt werden. Trumps Twitter-Nachrichten würden unter dem Ansturm der Pressetitulierten untergehen.

Amerikaner, Briten, Europäer, Russen, Chinesen, Inder und alle anderen müssen kapieren, dass Washingtons Feindseligkeit gegenüber Russland mächtigen Interessensgruppen dient. Diese Interessensgruppen sind mächtiger als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine dieser mächtigen Interessengruppen ist Israel und seine Pläne für die Ausgestaltung des Mittleren Ostens. Admiral Tom Moore, der Befehlshaber der Marine-Operationen und Chef des US-amerikanischen Generalstabs formulierte es so: «Kein amerikanischer Präsident kann Israel die Stirn bieten.»

Die Neokonservativen, die sowohl dem zionistischen Staat Israel als auch dem US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex dienen, sind eine weitere mächtige Interessengruppe, die die US-Regierung in ihrem Handlungsspielraum einengt. Dass die Neokonservativen eng mit Israel und dem militärisch-industriellen Komplex verbunden sind, vergrössert ihre Macht und ihren Einfluss.

Im Jahr 1961 warnte Präsident Eisenhower die Amerikaner in seiner letzten Ansprache vor dem amerikanischen Volk, dass die Macht des militärisch-industriellen Komplexes eine Gefahr für die amerikanische Demokratie darstelle:

Eisenhowes Warnung liegt nun 56 Jahre zurück. War der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika schon damals, vor 56 Jahren, besorgt über den militärisch-industriellen Komplex, um wie viel fester verwurzelt ist diese

Macht heute wohl, nach Jahrzehnten des Kalten Krieges und der «sowjetischen Bedrohung». Die Macht des militärisch-industriellen Komplexes ist die vorherrschende Macht in Washington.

Eisenhowers Rede ist die beste, die je ein amerikanischer Präsident gehalten hat. Sie ist nur 14 Minuten und vier Sekunden lang, aber sie umfasst alles. Sie enthält ein Bewusstsein dafür, dass wir die Opfer unseres eigenen Erfolges sein können. Die Neokonservativen, egal wie sie sich in der Öffentlichkeit positionieren, müssen Präsident Eisenhower inbrünstig hassen, weil er die Bedrohung für die USA, die vom militärisch-industriellen Komplex ausgeht, mit der Bedrohung durch die Sowjetunion verglich.

Die Amerikaner müssen sich darüber klarwerden, genauso wie die Russen, Chinesen, Europäer und alle anderen, über welche die Neokonservativen um jeden Preis herrschen wollen. Das Gesamtbudget des militärisch-industriellen Komplexes wird auf 1,1 Billionen geschätzt, das sind 70% von Russlands geschätztem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2017. Das ist mehr als das BIP von Mexiko und der Türkei. Es sind 45% des BIP von Frankreich oder England und 32% des BIP von Deutschland. Es gibt 195 Länder auf der Welt. Nur 14 von ihnen haben ein Bruttoinlandsprodukt, das grösser ist als das Budget des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes.

Washington verfolgt mit seinen Kriegen im Mittleren Osten viele Interessen, darunter ganz banale wie: Wer kontrolliert Pipelines und Energieströme. Es geht aber auch um die Interessen Israels. Israel hat seine Armee bereits zwei Mal in den Südlibanon entsandt, um die dortigen Wasservorräte in Besitz zu nehmen und zu annektieren, und zwei Mal hat die Hisbollah die israelische Armee, deren Kampftüchtigkeit überschätzt wird, besiegt und aus dem Land vertrieben.

Die Hisbollah erhält finanzielle und militärische Unterstützung von Syrien und dem Iran. Israel beabsichtigt, das US-Militär dazu zu benutzen, Syrien und Iran in dasselbe Chaos zu stürzen wie den Irak und Libyen, und zwar mithilfe der neokonservativen Verbündeten und den durch Propaganda geschürten Hass der Amerikaner auf die Muslime. Wird die Hisbollah von externer Hilfe abgeschnitten, kann sie endlich von der israelischen Armee besiegt werden. Wenn Syrien und der Iran im Chaos versinken, können die russophoben Neokonservativen den Dschihadismus in die russische Föderation eintragen, um dort das grösste Hemmnis eines US-amerikanischen Unilateralismus aufzubrechen.

Im Anbetracht der vereinigten Macht dieser Interessensgruppen – des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes mit einem jährlichen Budget, das grösser ist als das BIP der meisten Staaten, der Neokonservativen mit ihrer Ideologie der USA als alleinige Weltmacht und einer Allianz der demokratischen und republikanischen Parteien, und Israels, das die US-Regierung in der Hand hat und damit prahlt – wie soll es Präsident Trump möglich sein, so wie er es angekündigt hatte, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren und die US-Interventionspolitik im Mittleren Osten zu beenden? Trump hat kaum Chancen, damit durchzukommen. Wenn die russische Regierung nicht versteht, dass Präsident Trump nicht derjenige ist, der die Fäden in der Hand hält, wird Russland zusammen mit Amerika und dem Rest der Welt zerstört werden.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel «The Reign of Propaganda» auf der Webseite von Paul Craig Roberts. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ebenfalls ehrenamtlichen Rubikon-Lektoratsteam lektoriert.

Redaktionelle Anmerkung: Im Originaltext heisst es «... Jewish public relations expert Edward Louis James Bernays ...». Da dies mit der Sache nicht das Geringste zu tun hat, haben wir auf den expliziten Hinweis verzichtet, dass Bernays jüdischen Glaubens war; wir schreiben auch nicht «die christliche Kanzlerin Merkel», «der schwerbehinderte Wolfgang Schäuble», «der schwarze Xavier Naidoo» oder «der atheistische Jens Wernicke». Menschen sind aus vielerlei Gründen, so wie sie sind. Wer ihr So-Sein explizit in den Kontext einzelner Attribute oder Glaubensentscheidungen stellt und so thematisiert, nimmt eine Gedankenabkürzung, die nicht zielführend ist – ausser, man arbeitet an der Etablierung von Stereotypen und Vorurteilen.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-herrschaft-der-propaganda>

FDP: EuGH-Urteil bestätigt Rechtsbruch der Bundesregierung in Asylkrise – Merkel übergeht geltendes Recht

Epoch Times; Aktualisiert: 27. Juli 2017 6:24

«Höchststrichterlich bestätigt ist jetzt: Kanzlerin Merkel hat 2015 die europäische Flüchtlingspolitik ruiniert, unsere Nachbarn brüskiert und Deutschland isoliert», so der stellvertretende EU-Parlamentspräsident Lambsdorff gegenüber Medien. Angela Merkel habe sich ohne Beratung mit den EU-Partnern eine Million Menschen nach

Deutschland gerufen und sich dabei über geltendes Recht hinweggesetzt. Hilferufe aus Athen, Rom und Madrid habe sie ignoriert, so Lambsdorff.

«Das EuGH-Urteil bestätigt, was die Freien Demokraten (FDP) seit Beginn der Flüchtlingskrise scharf kritisieren. Die Bundesregierung hat erst die überfällige Reform des Dublin-Systems verschleppt und sich dann in der Flüchtlingskrise des Rechtsbruchs schuldig gemacht», sagte der stellvertretende EU-Parlamentspräsident Alexander Graf Lambsdorff (FDP) der «Neuen Osnabrücker Zeitung» (Donnerstag).

«Höchststrichterlich bestätigt ist jetzt: Kanzlerin Merkel hat 2015 die europäische Flüchtlingspolitik ruiniert, unsere Nachbarn brüskiert und Deutschland isoliert», sagte Lambsdorff weiter.

Angela Merkel habe «die Hilferufe aus Athen, Rom und Madrid ignoriert»

Nun werde es «höchste Zeit für eine neue Europapolitik. Die Zeit der angeblich alternativlosen Alleingänge muss einer partnerschaftlichen Führung weichen, wie sie Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher über Jahrzehnte erfolgreich praktiziert haben», sagte Lambsdorff.

Nach Ansicht des FDP-Politikers hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) «die Hilferufe aus Athen, Rom und Madrid ignoriert und europäische Solidarität verweigert. Dann habe sie ohne Beratung mit den EU-Partnern eine Million Menschen nach Deutschland gerufen und sich dabei über geltendes Recht hinweggesetzt.»

Von den zuvor ignorierten EU-Nachbarn habe die Bundesregierung plötzlich «Solidarität eingefordert, die sie selbst jahrelang verweigert hat. Das hat die Partner zusätzlich vor den Kopf gestossen, sogar Frankreich und Österreich erklärten öffentlich, die deutsche Linie nicht mehr zu unterstützen», sagte Lambsdorff. (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fdp-eugh-urteil-bestaetigt-rechtsbruch-der-bundesregierung-in-asylkrise-merkel-uebergeht-geltendes-recht-a2175515.html>

Inge Steinmetz und das freundliche Gesicht der Angela Merkel

Inge Steinmetz; Veröffentlicht am 27. Juli 2017 von conservo; (www.conservo.wordpress.com)



Anas Modamani
117 10 11

Hallo Frau Bundeskanzlerin, ich bin blond und habe wieder eine Frage:

2015 sagten Sie, dass das nicht mehr Ihr Land sei, wenn Sie sich für Ihr freundliches Gesicht entschuldigen müssten.

Wem gegenüber zeigen Sie «eigentlich» (Ihr neues Lieblingswort) ein freundliches Gesicht? All den Menschen, die sich auf den Weg in ein gelobtes Land machen, in dem «für umsonst» Milch und Honig fließen? Das Land, in das man «flieht», wenn man nichts können muss, nicht lesen und schreiben, Hauptsache das Wort ASYL irgendwie andeuten kann? Das Land, das den Betrug des Passentsorgens mit einer Rundumversorgung nicht nur für den «Flüchtenden», sondern für die gesamte Sippe belohnt? Das Land, das sogar bekennenden Ver-gewaltigern und mehrfachen Mördern Schutz vor der Härte der Justiz des eigenen Landes und Deutschlands gewährt, PLUS eine Versorgung, nach der sich hier Leute die Finger lecken, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben? Wenn das kein «freundliches Gesicht», keine Aufforderung für alle Kriminellen der Welt ist, herzukommen, was dann?

Wo bleibt Ihr «freundliches Gesicht» gegenüber der eigenen Bevölkerung, Ihren Wählern und auch denen, von denen Sie nicht gewählt wurden? Ihr Eid besagt, dass Sie zum Wohle des deutschen Volkes, also für den Wohlstand, vor allem aber für die Sicherheit IHRES VOLKES eintreten (nicht reintreten!) sollten!!! Dieses «freund-

liche Gesicht», das ich persönlich noch nie wirklich gesehen habe! Ich sehe ein eingefallenes Gesicht, mit harten Zügen. Ich sehe keine freundlichen Augen, sehe einen Mund, der keine Lippen mehr aufweist, der verbissen und hart wirkt. Ich blicke in ein Gesicht, das emotionslose Trauerreden hält und sehe, was dieses Gesicht, ohne mit der Wimper zu zucken, kaltschnäuzig im eigenen Land anrichtet («Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge habe. Nun sind sie halt da.»)!

Schon in der DDR haben Sie sich politisch stark engagiert, haben im Nachhinein aber zugegeben: «Ich habe die DDR nie als mein Heimatland empfunden!» Wofür waren Sie dann damals politisch tätig? Im Widerstand waren Sie ja nicht zu finden, haben die Fahne hoch gehalten! Jetzt sind Sie seit so vielen Jahren «deutsche Bundeskanzlerin» (das erwähnen Sie ja auch so gerne), ehren aber nicht mal die deutsche Flagge. Dann möchte ich lieber nicht wissen, was sich hinter Ihrem «freundlichen Gesicht» jetzt so alles abspielt! Seien Sie doch einfach ehrlich und sagen Sie: Auch das hier ist nicht mein Heimatland!

* (Teilen erlaubt. Kopieren mit Quellenangabe. Danke!)

Quelle: https://www.facebook.com/inge.steinmetz.54?hc_ref=ARS7BMJBcyTRt-enU0jqoi-RY-Jb0fBai002mBQaz_anWq_Eyv-3l1Mw9wPqMwxaT3U&fref=nf

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/07/27/inge-steinmetz-und-das-freundliche-gesicht-der-angela-merkel/>

US-Angestellte lassen sich Mikrochips einpflanzen

Posted By: Maria Lourdes on: Juli 28, 2017 in: D(Ä)MOKRATIE, Wahrheit oder Lüge

Wer einen Snack kaufen oder sich in seinen PC einloggen möchte, kann das bei einer Firma in Wisconsin künftig per Mikrochip unter der Haut tun. Ein kleiner Stich, und schon steckt der Mikrochip unter der Haut: Freiwillige Angestellte eines US-Unternehmens lassen sich solche Chips implantieren.

Die Mitarbeiter eines US-Unternehmens sollen sich als Versuchspersonen Chips unter die Haut implantieren lassen. Mit den Bauteilen können die Angestellten von «Three Square Market» dann Snacks kaufen, sich in ihrem Computer einloggen und Türen öffnen, teilte das Unternehmen mit.

«Three Square Market» betreibt Selbstbedienungsläden in Unternehmen, in denen deren Mitarbeiter Snacks kaufen können und beliefert Gefängnisse. Die Firma aus Wisconsin hofft, dass die Chip-Technologie in ihrer Branche Verbreitung findet.



Halb Mensch, halb laufende Kreditkarte

Die Mitarbeiter seien nicht verpflichtet, sich die Chips implantieren zu lassen, teilte «Three Square Market» mit. Tony Danna, Vizepräsident für internationale Entwicklung in der Firma, erwartet, dass mehr als 50 der 85 Mitarbeiter im Firmen-Hauptquartier sich bei einer Chip-Party am 1. August diese zwischen Daumen und Zeigefinger einsetzen lassen. Oder, wie es die BBC formuliert: Die Chance nutzen, «halb Mensch, halb laufende Kreditkarte» zu werden.

Die Chips funktionieren nach dem RFID-Prinzip (radio-frequency identification), also durch die Übertragung elektromagnetischer Wellen zwischen einem Sender und einem Empfänger. Die Bauteile von der Grösse eines Reiskorns kosten umgerechnet 285 Franken pro Stück.

«Three Square Market» arbeitet mit der schwedischen Firma BioHax zusammen, die die neue Technologie liefert. In Schweden läuft seit einiger Zeit ein Versuch mit Freiwilligen, die sich Mikrochips haben implantieren lassen. In einem weiteren Pilotprojekt, ebenfalls in Schweden, können die Chips auch als Zugbillett verwendet werden.

Datenschützer in Sorge

Implantate, die wie Magnetkarten funktionieren, werden bereits von mehreren europäischen Unternehmen benutzt. Die Chips haben Sorgen um die Privatsphäre hervorgerufen, da sie die Aufenthaltsorte und Einkäufe von Mitarbeitern nachverfolgen und schwerer zu entfernen sind als Plastikkarten.

Firmenchef Danna betont gegenüber der BBC, dass die Chips keine GPS-Funktion hätten, sich der Aufenthaltsort der Angestellten also nicht bestimmen lasse. «Es ist wirklich die gleiche Art Chip, die sich auch in einer Kreditkarte befindet», so Danna.

Chip statt Portemonnaie

Er hofft, dass so ein Chip eines Tages alles ersetzt, was die Menschen sonst in ihrem Portemonnaie mit sich herumtragen: ID, Kreditkarte, Schlüsselanhänger. Ausserdem lasse sich der Chip einfach einführen und entfernen. Es dauere nur etwa zwei Sekunden und fühle sich beim «Installieren» an wie eine Spritze und beim Entfernen wie ein Splitter, den man herausziehe.

Und was, wenn der Träger ausgeraubt wird? Das könne natürlich passieren, so Danna. Aber immerhin müsse man dann nur einen einzigen Chip sperren lassen.

Quelle: Honigmann – Mein Dank, sagt Maria Lourdes!

Quelle: <http://marialourdesblog.com/us-angestellte-lassen-sich-mikrochips-einpflanzen/>

Warum Selbstmitleid gefährlich, ungesund und destruktiv ist

Sputnik; So, 30 Jul 2017 10:17 UTC

Mitarbeiter der Universität Kopenhagen (Dänemark) sind zur Schlussfolgerung gekommen, dass Selbstmitleid das Immunsystem schwächt, die Hormonproduktion und den Stoffwechsel negativ beeinflusst sowie zu klinischer Depression führt.

«Vom Standpunkt der Psychologie aus mildert das Selbstmitleid die Stressschärfe, kämpft aber nicht dagegen, sondern verbannt den Stress tief ins Innere. Anspannung häuft sich an, darauf folgt bereits ein tiefer und langanhaltender Stress, der einfach zu klinischer Depression führen kann», zitiert das Nachrichtenportal «kp.ru» die Worte von Psychiatrie-Professors Michail Winogradow.

Darüber hinaus kann Selbstmitleid asthenische Reaktionen auf jegliche äusseren Einwirkungen fördern, die die Freisetzung des Hormons Acetylcholin erhöht. Dieses Hormon schwächt den Tonus der Gefässe, und der Blutdruck fällt ab.

Zuvor hatte die FBA (Föderale Business-Agentur) «Ekonomika segodnja» («Wirtschaft heute») geschrieben, dass Wissenschaftler der japanischen Universität Tohoku zu der Schlussfolgerung gekommen seien, der Konsum von Zitrusfrüchten verringere das Risiko der Entwicklung der Alzheimer-Krankheit um 23 Prozent.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30444-Warum-Selbstmitleid-gefahrllich-ungesund-und-destruktiv-ist>

Politico: Trump hatte faktisch keine andere Wahl als neue Russland-Sanktionen zu unterzeichnen

Sputnik; So, 30 Jul 2017 10:03 UTC



© Sputnik/ Sergei Guneev
Donald Trump

US-Präsident Donald Trump wird den Gesetzentwurf über neue Russland-Sanktionen unterzeichnen müssen – trotz des Umstandes, dass dies das Verhältnis zu Moskau ernsthaft beeinträchtigen soll, schreibt die US-Zeitung «Politico». Die Erklärung des Weissen Hauses, dass Trump die Endfassung des Gesetzentwurfs gebilligt habe, weil darin all seine Bemerkungen berücksichtigt worden seien, deutet laut der Zeitung auf den Versuch der US-Administration hin, «das Gesicht zu wahren». Die Situation sehe so aus, dass der US-Präsident, dem in dieser Frage sowohl

demokratische als auch republikanische Kongressmitglieder gegenüberstehen, **faktisch keine andere Wahl habe, als den Gesetzentwurf gegen eigenen Wunsch zu unterzeichnen.**

Edward Fishman, Ex-Mitarbeiter des US-Aussenministeriums, der während der Amtszeit von Barack Obama Russland-Sanktionen ausarbeitete, sagt dazu: «Die Entscheidung, ein Veto gegen den Gesetzentwurf einzulegen, wäre für die Administration völlig sinnlos. Denn der Kongress würde das Veto überwinden, und Trump würde letzten Endes Öl ins Feuer des «russischen» Skandals in Washington giessen.»

Der Gesetzentwurf schränkt die Möglichkeiten des Präsidenten für Verhandlungen mit Moskau wesentlich ein, so die Zeitung. **Trump hatte zuvor wiederholt auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Russland in Fragen der Bekämpfung des Terrorismus und der Konfliktlösung im Nahen Osten hingewiesen.**

Das Weisse Haus hatte seine Unzufriedenheit mit der Einmischung des Kongresses in den aussenpolitischen Bereich – die Prärogative der Exekutivgewalt – geäußert, so das Blatt. Das Gleiche habe US-Aussenminister Rex Tillerson gesagt, der die Kongressmitglieder aufgerufen habe, bei den Verhandlungen mit Moskau die Manöverfreiheit nicht einzuschränken.

Das Weisse Haus teilte am Freitag mit, Trump sei bereit, den vom Kongress gebilligten Gesetzentwurf über verstärkte Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea zu unterzeichnen.

Der Dokumententwurf erweitert mehrere sektorale Sanktionen gegen die russische Wirtschaft und sieht Änderungen an Tiefwasser- und arktischen Schelfprojekten sowie an Öl- und Gasprojekten für schwer gewinnbare Vorräte vor. Das Paket von Restriktionsmassnahmen, insbesondere gegen den russischen Energiesektor, dürfte das grösste solche Paket seit Beginn 2014 werden.

Vor dem Hintergrund der gebilligten antirussischen Sanktionen hat Moskau Washington vorgeschrieben, die Zahl seiner Diplomaten in Russland auf 455 zu reduzieren. Ausserdem sollen das Erholungszentrum für das US-Botschaftspersonal in der Moskauer Parkanlage «Serebrjanny Bor» und mehrere Lagerräume dicht gemacht werden.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30438-Politico-Trump-hatte-faktisch-keine-andere-Wahl-als-neue-Russland-Sanktionen-zu-unterzeichnen>

Sie kommen und werden uns aus guten Gründen verachten

Veröffentlicht am Juli 31, 2017 von helmut mueller

In seinem Buch «Krieg der Welt» (Propyläen-Verlag) zitiert Niall Ferguson den Oxfordhistoriker Charles Pearson, der gewiss im Besitz tiefverwurzelter historischer Bedrohungsängste einst «orakelte»: «Wir werden eines Tages aufwachen ... und uns von Leuten beiseite gedrängt sehen, auf die wir als Diener herabgeblickt und von denen wir gedacht haben, sie seien dazu da, unsere Bedürfnisse zu befriedigen.»

Im Fokus stand damals die berühmte «Gelbe Gefahr» die, anders als zu Pearsons Zeiten, derzeit nur als ökonomische Bedrohung wahrgenommen wird. Dass aber Massen von Migranten aus dem Nahen Osten und gar Schwarzafrikaner zu einer solchen Gefahr werden könnten, daran dachten zu jener Zeit nur wenige. Doch heute ist man der Meinung, Europa sei bereits verloren. Dafür spricht einiges, und darüber wurde schon viel geschrieben. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie naiv heute viele dem begonnenen Ansturm etwa aus Afrika begegnen und wie sozialromantisch sich in abstrakten Begriffen gefangene Gutmenschen das bunte Zusammenleben in ihren Träumen ausmalen, dann lässt sich dazu der nicht selten zu Unrecht belächelte Oswald Spengler anführen: «Die Farbigen sind nicht Pazifisten. Sie hängen nicht an einem Leben, dessen Länge sein einziger Wert ist. Sie nehmen das Schwert auf, wenn wir es niederlegen. Sie haben den Weissen einst gefürchtet, sie verachten ihn nun.» Heute wahrscheinlich erst recht.

Spengler nennt aber eine noch grössere Gefahr: «Wie wenn sich eines Tages Rassenkampf und Klassenkampf zusammenschliessen, um mit der weissen Welt ein Ende zu machen?»* Diesbezügliche Ängste gehen heute vermehrt um.

Es gehört schon sehr viel Hochmut oder Dummheit dazu, anzunehmen, die einst Unterdrückten und Geknechteten und heute schon wieder Ausgebeuteten – dieses Mal mit Wissen unserer Politiker durch Konzerne und deren korrupte schwarze Statthalter – kämen nun frei von Ressentiments und schlummernden Gelüsten zu uns. Und was anderes können sie denn als uns verachten? Wo wir doch nicht nur unsere Vitalität eingebüsst haben, sondern den Bankrott unserer Werte und Traditionen auch noch festlich begehen und ihnen, den «Blossfüssigen», mit «mea culpa» auf den Lippen unsere Willkommenskultur zu Füssen legen? Die nicht selten schon mit denselben Füssen respektlos getreten werden darf.

Wir werden nun mehr oder minder heftig erfahren, was es heisst, falsch verstandene Humanität mit einer Überdosis derselben dopen zu wollen. Was nicht nur für diese, sondern auch für den blauäugigen Spender nur tödlich sein kann.

Doch ist auf unserer Seite nicht nur gelegentlich falsch verstandene Humanität im Spiel. Auch nach innen gerichtete Halbwahrheiten und Lügen tummeln sich auf diesem Gebiet zuhauf. So wird Grenzkontrolle anscheinend nur simuliert, obwohl einiges dafür spricht, dass hinterrücks Kolonnen von Migranten über die Grenze geschleust werden. Und keinem einzigen Volksvertreter fällt dazu etwas ein? Richtig unwürdig ist das inszenierte Mittelmeer-Theater. Wenn die EU-Verantwortlichen es wirklich wollten, käme morgen kein einziger Migranten-Transport in einem italienischen Hafen an. Und auch nicht um 2 Uhr früh über die Brenner-Grenze.

In Wirklichkeit erleben wir ein einziges politisches Täuschungsmanöver, vor Wahlen natürlich, und man bedient sich professionellerweise mässig entstellter Wahrheiten, die bekanntlich schlimmer sind als alle Lügen. Denn klar ist, man will diese startbereiten Millionen Migranten, nur etwas mehr geordnet und nicht auf einmal. Man wird die dafür Verantwortlichen trotzdem wählen, der schönen Vertröstungen wegen. Wie Einstein schon bemerkt haben soll: eines nur ist unendlich: Die Dummheit.

*Oswald Spengler: *Jahre der Entscheidung*, Ares-Verlag, 2007

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2017/07/31/sie-kommen-und-werden-uns-aus-guten-gruenden-verachten/>

In Schweden gab's wieder ein Musikfestival (und raten Sie mal, was passiert ist)

1. August 2017; Von Ingmar Blessing

Am letzten Wochenende endete im schwedischen Småland das fünftägige Emmaboda Festival mit bekanntem Ausgang für mehrere weibliche Gäste.

Die schwedische Polizei gab in einer Stellungnahme bekannt, dass beim Emmaboda Festival mindestens vier Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren vergewaltigt und elf weitere sexuell belästigt wurden. Daneben soll es auch zu massiven Drogenverstössen gekommen sein, wobei mehrere Mitarbeiter des Festivals offen mit Drogen gehandelt haben sollen und es insgesamt über 300 drogenbezogene Zwischenfälle gab, wie Breitbart News berichtet.

Laut Festivalsarcher.com liegt die Kapazität des Emmaboda Festivals bei 5800 Besuchern. Damit lag die Vergewaltigungsquote des Festivals nur leicht über jener von Schweden als ganzes, wo laut UN pro Jahr durchschnittlich 63,5 Frauen pro 100 000 Einwohner vergewaltigt werden. Zählt man jedoch die sexuellen Belästigungen hinzu und berücksichtigt die kurze Dauer des Festivals, dann liegt der Wert bei einem Vielfachen des Landesdurchschnitts.

Laut Ewa-Gun Westford von der zuständigen Polizeibehörde gibt es sechs Verdächtige, denen sexuelle Belästigung vorgeworfen wird und einen, der eine Vergewaltigung begangen haben soll. Zum Hintergrund oder den Namen der Verdächtigungen wurden allerdings keine weiteren Angaben gemacht. Ebenfalls unbekannt ist, ob die Personen sich in Haft befinden.

Trotz des Ermittlungserfolges teilten die Festivalbetreiber mit, dass es ihr letztes Festival war. Die Gründe dafür wurden nicht kommuniziert, aber es erinnert an die Absage des Bravalla Festivals in Norköping für 2018, was die Veranstalter begründeten mit den fortgesetzten sexuellen Übergriffen, die sich nicht verhindern lassen.

Die beiden Festivals sind nicht die einzigen, die in dieser Hinsicht unter Druck gerieten. Nachdem über Jahre massive sexuelle Übergriffe durch männliche Migranten bei Festivals vertuscht wurden, platzte im letzten Jahr die Bombe und die schwedischen Behörden und Medien mussten zugeben, das Ausmass an organisierten Übergriffen durch moslemische Migranten verheimlicht zu haben, wie es etwa auch bei den Silvesterübergriffen von Köln geschah.

Laut Berichten hat sich die Zahl der sexuellen Übergriffe auf schwedischen Festivals im letzten Jahr verzehnfacht, wobei auch möglich ist, dass die Behörden inzwischen lediglich etwas offener sind gegenüber den Anzeigen mit «südländisch» aussehenden Tätern und sie sich nicht mehr so leicht von der Rassismuskelle abschrecken lassen. Neben einer Reihe von Absagen für geplante Festivals wegen der Vergewaltigungsepidemie und der öffentlichen Weigerung von internationalen Bands, wegen des Problems bei schwedischen Festivals aufzutreten, plant die schwedische Feministin Emma Knyckare in besonderer Weise auf das Problem zu reagieren. Sie will zur Vermeidung von sexuellen Übergriffen ein Festival organisieren, das nur Frauen besuchen dürfen. Das Problem sei ihres Erachtens eines der Männer, wie sie bei Twitter mitteilte, und nicht eines der kulturellen Prägung. Sie folgt damit der postmodernistischen Sichtweise auf das Problem, wie sie auch in grossen Teilen des schwedischen Staats-

apparates vorherrscht und wo mitunter auch die Klimaerwärmung als Ursache für die dramatisch gestiegenen Vergewaltigungszahlen herhalten muss.

Ob das Problem mit dem Männerverbot bei Festivals behoben werden kann, oder ob es lediglich dazu führt, dass die Mädchen und Frauen künftig woanders sexuell attackiert werden, wird sich zeigen. Die fast ausschließlich durch moslemische Migranten verursachte Vergewaltigungsepidemie in Schweden jedenfalls beschränkt sich nicht nur auf Festivals. Diese sind eher eine Art «kleines Zubrot».

Mit dem Vorschlag zur strikten Geschlechtertrennung bei Festivals wird Knyckare zumindest bei islamischen Fundamentalisten ein Lächeln aufs Gesicht gezaubert haben.

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/08/01/in-schweden-gabs-wieder-ein-musikfestival-und-raten-sie-mal-was-passiert-ist/>



17:27 26.07.2017 (aktualisiert 17:36 26.07.2017)

Bei einer eventuellen Reaktion der EU auf die neuen US-Sanktionen gegen Russland, die Wirtschaftsinteressen Europas betreffen können, geht es nach Ansicht von Willy Wimmer um eine «Frage der politischen Ehre». Er warnt vor einem Wirtschaftskrieg, der auch zu einem militärischen Krieg führen könnte.

Willy Wimmer, ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist der Ansicht, dass heute «die gesamte wirtschaftliche Zukunft» Europas auf dem Spiel steht.

Herr Wimmer, die USA wollen neue Sanktionen gegen Russland verhängen. Zum ersten Mal stimmen sie sich anscheinend nicht mit der EU ab. Warum?

Dadurch, dass die Vereinigten Staaten jetzt offenbar bereit sind, aus der Abstimmung mit der Europäischen Union auszusteigen, drängt sich für die EU eigentlich die zwangsläufige Verpflichtung auf, ihrerseits aus diesem gesamten Sanktionsregime auszusteigen. Diese Sanktionen richten sich in den USA ja offensichtlich gegen den eigenen Präsidenten, den man einmauern will. Aber sie richten sich auch gegen Europa, das man wirtschaftlich strangulieren und in eine Kolonialstruktur einbinden will.

Und nicht zuletzt richten sie sich natürlich gegen die Russische Föderation, obwohl deren Präsident ja noch auf dem G20-Gipfel deutlich gemacht hatte, dass sie die Konkurrenz von amerikanischem Flüssiggas auf europäischem Territorium sogar für begrüßenswert halten würden, wenn es sich um einen fairen Wettbewerb handelt.

Wie könnte die Reaktion der EU aussehen? Wird sich die EU denn überhaupt trauen, wegen Russland eine Verschlechterung des Verhältnisses zu den USA zu riskieren?

Wenn die EU jetzt keine Entscheidung treffen kann, weil sie sich nicht traut oder aus welchen Gründen auch immer, dann verliert sie in den Augen der europäischen Öffentlichkeit und Wähler jedes Mass an Glaubwürdigkeit. Es geht ja hier nicht nur um das wirtschaftliche Überleben der EU, sondern auch um die politische Ehre. Es kann nicht sein, dass wir uns von der Willkür Washingtons bestimmen lassen.

Exportüberschuss, Millionenstrafen gegen deutsche Autobauer in den USA und jetzt möglicherweise Sanktionen, die direkt deutsche und europäische Firmen betreffen. Ist dies ein weiteres Indiz für einen sich anbahnenden Handelskrieg zwischen Europa und den USA?

Wir sehen auf der ganzen Breite der Beziehungen zu Washington, dass wir von Elementen bestimmt werden,

die zumindest auf einen Wirtschaftskrieg hindeuten. Von der Politik des ›America first‹ sind ja bereits die meisten europäischen Wirtschaftsbereiche, angefangen von den Stahlexporten bis hin zur Automobilindustrie betroffen. Wir müssen uns hier auf raue Zeiten einstellen. Wenn also die Europäische Union jetzt bei diesen Sanktionen in die Knie geht, setzt sie ihre gesamte wirtschaftliche Zukunft aufs Spiel.

Es ist schon ungewöhnlich, dass in so einem Gesetzesentwurf explizit ein Handelsprojekt, nämlich Nord Stream 2 angesprochen wird. Was geht die USA eigentlich ein europäisches Projekt an?

Wir haben doch seit langem die Situation, dass die Vereinigten Staaten ihre eigene Gesetzgebung auf fremde Gebiete erweitert. Das ist typisches Kolonialverhalten.

Wie könnte denn Moskau nun wiederum auf diese Sanktionen reagieren?

Wir können nur dankbar dafür sein, dass in Moskau seit dem Maidan-Putsch eine massvolle, umsichtige Politik betrieben worden ist, die offensichtlich genau im Visier hat, warum und weshalb so etwas im Westen passiert. Allerdings wird die Situation jetzt auch für Russland immer prekärer. Das verlangt höchste Staatskunst von Präsident Putin, um den Frieden in Europa zu bewahren. Denn das, was die Amerikaner machen, ist eindeutig auf Krieg ausgerichtet.

Armin Siebert

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20170726316761419-willy-wimmer-raue-zeiten/>

Konstanz – die Kette des Wahnsinns reisst nicht ab

31. Juli 2017: Von Claudio Michele Mancini



Der Islam-Terror hat die Provinz erreicht (Foto: Screenshot/Youtube)

Supermarkt in Hamburg, Einkaufszentrum in München, jetzt eine Diskothek in Konstanz. Gerade hat man einen schweren Anschlag in Australien auf einen Passagier-Jet vereitelt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in unserer zivilisierten Gesellschaft ein wild gewordener Moslem glaubt, jemanden umbringen zu müssen. Welch ein Glück, in Konstanz hat die Polizei den 35-jährigen Drecksack aus dem Irak erschossen, der zuvor in einer Diskothek in Konstanz mit einer Langwaffe um sich geballert, einen Menschen getötet und viele schwer verletzt hat.

Die Kette des Wahnsinns reisst nicht ab. Und der Täter? Wieder einmal ein moralisch unterentwickelter Muslim mit Hang zum Blutausch, weil es ihm in Deutschland nicht gefallen hat. Kann aber auch sein, dass er zur Knarre gegriffen hat, weil ihm die Hose zu eng war. Warum, weshalb, weswegen ist inzwischen letztendlich völlig wurscht. Jedenfalls, diesen Iraker hat die Polizei schon lange gekannt, wie auch zuvor den Irren im Hamburger Supermarkt. Und wieder hören wir: Man kann ein Attentat nicht ausschliessen.

Man möchte nur noch kotzen. Während alle einschlägigen Kriminalitätsstatistiken verheerende Zuwächse ausweisen, die Kleinkriminalität aus dem muslimischen Milieu den deutschen Alltag bestimmt und die Polizei den Gewalttaten in unseren Großstädten kaum noch Herr wird, beschäftigen sich unsere Polit-Nullen lieber mit Wählerstimmen und Prozentzahlen, gegenseitigen Schuldzuweisungen und verschweigen unter Aufbietung maximaler Energie die eigenen Fehler. Da kann schon mal das Gefühl aufkommen, diese politischen Neanderthaler nicht nur abzusetzen.

Doch das ist nicht die eigentliche Krux. Wie pervertiert unser politisches System ist, sei mit dem folgenden Beispiel untermauert: Jede Salatgurke, jede Tomate und Banane muss geprüft, zertifiziert und zugelassen sein, bevor sie bei LIDL, ALDI oder REWE dem Kunden angeboten werden darf. Nicht so bei unseren Gästen vom afrikanischen Kontinent. Immer noch werden solche Verbrecher, die Merkel & Co. ins Land geholt haben, uns

von Funk, Presse und TV-Moderatoren als verzweifelte Amokläufer, verwirrte Einzeltäter, oder psychisch labile Neurotiker verkauft. Man nennt das Übel einfach nicht beim Namen, und bezeichnet sie nicht als das, was sie wirklich sind: Islamisten oder radikale Terroristen, fundamentalistische Fanatiker, muslimische Parasiten, die unsere Sozialkassen ausplündern und bei uns Blut, Leid und Wut hinterlassen.

Die Politik hat, wie schon so oft, mit einem terminologischen Kunstgriff den semantischen Drahtseilakt geschafft, bittere und unerträgliche Wahrheiten mit einem sozialkritischen Mäntelchen zu bedecken. Während viele Bürger schon seit mehr als einem Jahr die Nase voll haben, ist unsere Polit-Elite erst jetzt aus dem Dornröschenschlaf wachgerüttelt worden. Kein Wunder. Die Wahlen stehen vor der Tür.

Verfolgen wir die Nachrichten im Fernsehen, haben wir es bei Attentaten dieser Art immer noch mit geistig verwirrten (Anm. bewusstseinsverwirrten) Personen zu tun, mit posttraumatischen Störungen, und nicht etwa mit dem Islam und schon gar nicht mit Flüchtlingen, obwohl jedem TV-Konsumenten beim nächsten Vorfall dieser Art als erstes einfallt: Ein Moslem – wieder einmal! Wenn jemand mit einer Pistole durch ein Einkaufszentrum rennt und Leute über den Haufen schießt oder ein Attentäter in der Bahn Passagiere mit der Axt angreift, dann werden diese Massaker von den Medien reflexartig als Einzeltat eines Menschen mit psychischen Problemen kommentiert, der mit dem Leben nicht mehr klargekommen ist. Bedauerliche Einzelfälle, wie man inzwischen weiss, während deren Opfer heute nicht einmal mehr einer Lichterkette wie in Brüssel und Frankreich bedürfen. Ist das unser neuer Alltag?

Rassisten sind immer noch die anderen, jene, die laut aussprechen, dass die Blutbäder in Deutschland, Frankreich, Belgien, England oder Spanien von Menschen angerichtet wurden, die eindeutig dem muslimischen Glauben angehören und entweder mit radikalen Motiven oder pervertiertem Gedankengut metzelnd, ihre Umwelt in Angst und Schrecken versetzen. Man redet nur mit zusammengepressten Lippen über Terror, benutzt vorzugsweise ‚beschwichtigende‘ Begriffe wie Amok, ganz so, als sei das Ergebnis nicht ganz so schlimm und die Leichen bedauernswerte Opfer eines depressiven Patienten der Münchner oder Konstanzer Psychiatrie.

Bezeichnend allerdings ist, dass jeder, der mit markigem Vokabular seinen Unmut über die Verhältnisse äussert, von manischen Humanismus-Neurotikern mit Hass und Beleidigungen überzogen wird. Ich sage es ganz offen: Dem Bürger ist es scheissegal, welche Psychose oder Neurose ein muslimischer Einzeltäter hat, ob er unter Paranoia, unter einer Profilneurose oder unter wahnhaften Störungen leidet, es wäre ihm allemal lieber, dass er seine ‚Krankheit‘ in seiner Heimat auslebt und nicht ausgerechnet bei uns.

Die gerade erlebten, kriminellen Auswüchse sind die zwangsläufigen Folgen einer völlig falsch verstandenen Toleranz, unbeschreiblicher Naivität und bemerkenswerter Dummheit. Und jene, die mit ihrer einfältigen Willkommenskultur auf Bahnhöfen und Grenzpunkten frenetisch Beifall klatschten, haben sich längst in ihre Löcher verkrochen und wollen heute nicht dabei gewesen sein. Und was ist mit unseren Medien? Der Kirche? Unseren Politikern – allen voran unserer Kanzlerin? Sie lavieren sich um die Wahrheiten als stünden sie auf hochexplosiven Tretminen.

In völliger Verkennung einer sich abzeichnenden Entwicklung stellen sie unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat leichtfertig in Frage, lassen zu, dass unsere gesellschaftlichen Werte, unsere Gleichberechtigung, unsere Freiheit, die Sicherheit der Frauen und Mädchen mit Füßen getreten werden und die Polizei schaut zu. Das Ganze gipfelt darin, dass man bekannte ‚Gefährder‘ nur deshalb noch nicht in ein Flugzeug gesetzt hat, weil bislang die Papiere fehlten. Nun ja, man könnte sie ja auch so lange in eigens dafür errichteten Lagern unterbringen, bis man die Dinge geklärt hat. Fazit: Polizei überfordert, Staatsanwälte und Richter überlastet, Behörden unfähig. Klare Gesetze für Abschiebungen oder ordnende Massnahmen: Fehlanzeige. Offen gestanden, das ungarische Modell wird mir zunehmend sympathischer.

Und was ist mit den Verletzten, den Betroffenen solcher Übergriffe? Es ist auffällig genug, die Opfer haben kein ‚Gesicht‘. Und keine der politischen ‚Grössen‘ kümmert sich um die Hinterbliebenen, es sei denn, eine Kamera ist in der Nähe. Anonymität schafft eben die gewünschte Distanz zur eignen Verantwortlichkeit. Auf jeder Zigarettenschachtel werden uns die Folgen des Rauchens offeriert. Die Folgen der Terroranschläge erspart man uns. Anonymisierte Fotos der Täter in möglichst freundlichem Umfeld fehlen nicht. Die Opfer der Terroranschläge? Sie haben keine Namen, nicht einmal die aktive Beachtung unserer Regierenden oder gar unserer Medien ... – welch ein Armutszeugnis, welch ein verzerrtes Gesellschaftsbild.

Merkel verschwindet still und vor allem stumm in der Versenkung, während Martin in Lampedusa ein Flüchtlingscamp besucht und den Italienern helfen will. Wann endlich stellen sich politisch Verantwortliche auf die Hinterfüsse und greifen durch? Wann endlich bekennen sie sich klar und deutlich zu ihren eigenen Bürgern?

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/07/31/konstanz-die-kette-des-wahnsinns-reisst-nicht-ab/>

Stoppt die Einreise ohne Dokumente! Sofort!

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 31. Juli 2017

Im gewaltgeplagten Hamburg hat es wieder einmal einen Einzelfall gegeben. Ein den Behörden bekannter Islamist, der ausreisepflichtig war, hat zum Messer gegriffen und einen Mann getötet und weitere Menschen verletzt. Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz gab zu Protokoll, ihn mache wütend, «dass es sich beim Täter offenbar um jemanden handelt, der Schutz bei uns in Deutschland beansprucht und dann seinen Hass gegen uns gerichtet hat.» – Quelle: <http://www.mopo.de/28084758> ©2017

Ausserdem spulte er wieder die üblichen Politikerphrasen ab, dass diese Gewalttäter darauf setzen, «unsere freie Gesellschaft mit Angst zu vergiften. Dieser Versuch wird scheitern. Wenn unsere Stadt in ihrer Freiheit und Lebensart bedroht wird, zeigt sie ihre ganze Stärke und Solidarität.» – Quelle: <http://www.mopo.de/28084758> ©2017

Der Fall zeige, dass zügig die Abschiebehindernisse für Menschen ohne Papiere beseitigt werden müssten.

Mich macht wütend, dass wir uns nach so einem Anschlag ein solches Gewäsch anhören müssen, dem wieder keine Taten folgen werden. Im Gegenteil. Zwar hat die Hamburger Staatsanwaltschaft verkündet, dass sie erwäge, Haftbefehl wegen Mordes und versuchten Mordes zu stellen, aber schon wird relativiert, der Täter habe sich zwar radikalisiert und sei Islamist, aber er habe daneben auch psychische Probleme. Wer psychische Probleme hat, das wissen wir, der kann ja eigentlich nichts für seine Tat.

Es wird völlig ausgeblendet, dass immer noch Menschen ohne Dokumente zu uns kommen. Nicht mal der Erlass von Innenminister de Maizière, Migranten ohne Papiere einreisen zu lassen, wurde ausser Kraft gesetzt.

Inzwischen halten unsere Gutmenschen die Passlosigkeit anscheinend für einen zu akzeptierenden Normalzustand. Dank zwangsgebührenfinanzierter Medien weiss ich, dass man seine Identität nicht preisgeben muss, um in Deutschland einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

In der Sendung «Campus und Karriere» vom Deutschlandfunk am 29. Juli beschwerte sich eine bayrische Unternehmerin darüber, dass es in Bayern die Bestimmung gäbe, dass Schutzsuchende ohne Papiere an ihrer Identitätsfeststellung mitwirken müssten, um eine Ausbildung machen zu dürfen. Sie hat zwei Pakistani als Lehrlinge angenommen, die beide keine Papiere haben und nun von der Bürokratie belästigt werden, doch Herkunftsnachweise zu erbringen. Es stört ihre «Planungssicherheit» erheblich, dass ihre Schützlinge mit solchen unbilligen (hat sie so nicht gesagt, aber durch ihre Wortwahl diesen Eindruck vermittelt) Forderungen konfrontiert werden.

Wenn es nach Menschen wie dieser Unternehmerin geht, sollen wir nicht mal die Frage stellen dürfen, wer die Männer eigentlich sind, die zu uns kommen und versorgt werden wollen. Kein Wunder, dass die Schutzsuchenden keinen Respekt vor den Gastgebern und ihren Institutionen haben. Woher sollen sie den auch bekommen, wenn sie täglich vorgeführt bekommen, dass man sich in Deutschland bei der richtigen Gesinnung nicht an Recht und Gesetz halten muss?

Im übrigen gab es in dieser Sendung nur positive Beispiele von engagierten Migranten mit erfolgreicher Ausbildung. Auch die Zuhörer, die zugeschaltet wurden, trugen zu den Erfolgsgeschichten bei. Bis auf den letzten Hörer, der zu Wort kam. Der hatte wahrscheinlich im Vorgespräch nur angegeben, seit Jahren Berufsausbilder von Migranten zu sein und nicht verraten, was er in der Sendung sagen wollte. So kam den Zuhörern zu Ohren, dass er sich über die Tendenz der Sendung, nur Erfolgsgeschichten zu präsentieren, sehr wundere. Nach seiner Erfahrung würden höchstens zehn Prozent derer, die eine Ausbildung begännen, diese auch abschliessen. Es gäbe jede Menge Schwierigkeiten wegen geringer oder keiner Vorbildung, fehlender Sprachkenntnisse und mit der ganz unterschiedlichen Kultur, die auch die Einstellung zur Arbeit einschliesse. Dem Moderator blieb nichts anderes übrig, als zu versichern, dass man keinen falschen Eindruck erwecken wolle, deshalb sei er froh, über diese kritische Bemerkung. Wenn die nicht durchgerutscht wäre, hätte es sich bei der Sendung um Fake-News gehandelt.

Zurück zum Messerattentat von Hamburg. Die Schlussfolgerung müsste sein, die illegale Einreise ohne Papiere endlich zu unterbinden. Das würde in Zukunft auch die aufwendige Suche nach Feststellung der Identität von «Schutzsuchenden» ersparen. Warum wird dieser naheliegende Schritt nicht unternommen? Es gibt nur eine logische Antwort auf diese Frage: EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos hat schon 2015 verkündet: «Europa vergreist». Er erinnerte vor dem EU-Ausschuss der Regionen (AdR) an die demografische Tendenz des Kontinents. «In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein.»

Die Massmigration ist von den Eurokraten gewollt.

Nachtrag:

Nach Fertigstellung dieses Artikels ist mir ein Kommentar vom «Tagesspiegel» zugeschickt worden, der das ganze Elend unserer Qualitätspresse widerspiegelt. Der Kommentator meint tatsächlich, der Rechtsstaat dürfe «nicht

dem Schutz der Bürger geopfert werden. Damit ist unseren Meinungsmachern schon völlig aus dem Blick geraten, dass es die wichtigste Aufgabe des Staates ist, seine Bürger zu schützen. Wenn er diese nicht erfüllen kann, ist er nutzlos, denn alle anderen «Aufgaben», die er sich in den letzten Jahrzehnten angemast hat, sind zweitrangig. Im Artikel steht auch, wir müssten uns leider «an den Terror gewöhnen». Genau das darf nicht passieren. **Wenn wir uns an den Terror gewöhnen, statt ihn in aller nötigen Konsequenz zu bekämpfen, sind wir den Terroristen ausgeliefert!**

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/07/31/stoppt-die-einreise-ohne-dokumente-sofort/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz